

neue

E 50668

spezial 1 • Juli 2012

# caritas

s p e z i a l

POLITIK • PRAXIS • FORSCHUNG

**Studienergebnisse**  
**Lokale Befragungen**  
**Folgerungen**  
**Exkurs zur Förderschule**



**Studie zu Bildungschancen**  
**Was wirklich zählt**



<b>vorwort</b>	<b>3</b>
<b>bildungschancen vor ort</b>	
Einführung: Ohne Schulabschluss – und ohne Chancen?	4
<b>studienergebnisse</b>	
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss: Quoten und Einflüsse	6
Statement (Frank Jansen, KTK): Kita-Besuch wirkt sich positiv aus	9
Statement (Stephan Hiller, BVkE): Hoffnungsträger ohne Perspektiven?	10
Statement (Regine Rosner, IN VIA): Schulsozialarbeit ist aus den Schulen nicht mehr wegzudenken	16
<b>befragung vor ort</b>	
Erfolgsfaktoren: Es lohnt sich zu investieren	17
Aus der Praxis: Schwerin	18
So geht es in Heilbronn	18
Das Beispiel Solingen	19
Erfolgreiche Wege in Forchheim	20
Kaiserslauterer Praxis	21
<b>schlussfolgerungen</b>	
Die Stellschrauben lassen sich durchaus verändern	22
... aus der Studie	22
... aus der Befragung	24
<b>exkurs</b>	
Förderschulen: Fördern ja – aber wo, muss geklärt werden	25
Statement (Clarita Schwengers, DCV): Die Weichen sorgsam stellen	26
Statement (Johannes Magin, CBP): Vom sonderpädagogischen Förderbedarf zum Gesamtplanverfahren	27
<b>anhang</b>	
Schaubild 8: Siedlungsstrukturelle Kreistypen	29
Schaubild 9: Schulden der Gemeinden pro Einwohner	30

**Lokale Ergebnisse und zusätzliche Materialien finden Sie unter [www.caritas.de/bildungschancen](http://www.caritas.de/bildungschancen)**

**Impressum neue caritas spezial**

**POLITIK PRAXIS FORSCHUNG**

Herausgeber: Deutscher Caritasverband e.V.  
 Herausgebervertreter: Dr. Thomas Becker  
 Redaktion: Gertrud Rogg (Chefredakteurin),  
 Christine Mittelbach (CvD), Klemens Bögner

Redaktionssekretariat: Christiane Stieff,  
 Tel.: 07 61/200-410, Fax: 07 61/200-509,  
 E-Mail: christiane.stieff@caritas.de

Redaktionsassistentz: Ingrid Jehne,  
 Tel.: 07 61/200-417, Fax: 07 61/200-509,  
 E-Mail: ingrid.jehne@caritas.de

Vertrieb: DCV, zeitschriftenvertrieb@caritas.de,  
 Tel.: 0761/200-420  
 Fax: 0761/200-509

Anschrift für Redaktion und Vertrieb:  
 neue caritas, Lorenz-Werthmann-Haus,  
 Karlstr. 40, 79104 Freiburg

Layout: Peter Blöcher

Titelfoto: Christof Becker

Druck: Druckerei Hofmann GmbH

# Befähigung ist möglich!

DER DEUTSCHE Caritasverband (DCV) will sich für die Befähigung aller Kinder und Jugendlichen einsetzen. Ein Zeichen für mangelnde Befähigung ist die erschreckend hohe Zahl von Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluss erreichen. Es ist nicht hinzunehmen, dass im Jahr 2009 7,2 Prozent der Jugendlichen in Deutschland ohne einen Abschluss von der Schule gingen. Doch dagegen kann man etwas tun. Das zeigen die Beispiele von Kreisen und Städten, bei denen diese Quote sehr gering ist; 2,4 Prozent ist der beste Wert. Dass einzelne Kommunen jedoch Quoten von bis zu 26 Prozent aufweisen, darf nicht sein.

Eine konsequente Politik der Befähigung kann diesen traurigen Zustand ändern. In einer wissenschaftlichen Studie hat der DCV in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Faktoren untersucht, die einen statistisch erwiesenen Einfluss auf die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss haben. Die Quote ist dort höher, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die wirtschaftliche Lage schlecht ist oder wo es viele ausländische Schüler gibt. Aber diese Faktoren können die großen Unterschiede nicht alleine erklären. Keinen Einfluss hat hingegen die Überschuldungssituation eines Kreises oder einer Stadt. Damit kann sich auch vor Ort niemand entschuldigen, man habe nur deshalb so wenig Befähigungserfolg, weil eben kein Geld vorhanden sei. Auch spielt eine Rolle, in welchem Bundesland ein Kind zur Schule geht. Die Bildungspolitik der Länder trägt damit ebenfalls Verantwortung.

In einem zweiten Schritt haben wir gefragt, weshalb es einige Kommunen schaffen, viele Schüler zum Abschluss zu bringen, und dies, obwohl ihre sozioökonomische Situation gar nicht so rosig aussieht. Vertreter der Caritas aus diesen erfolgreichen Kreisen und Städten haben in einem Workshop die Erfolgsfaktoren zusammengetragen, die ihrer Meinung nach für die gute Befähigungssituation entscheidend sind. Am wichtigsten ist der politische Wille. Wo ein Bürgermeister, ein Schulamtsdirektor, die Leiterin eines Sozialamtes oder freie Träger sich das klare Ziel setzen, für benachteiligte Jugendliche wirklich etwas zu tun, dort schaffen mehr Jugendliche einen Abschluss. Was noch hilft, ist Schulsozialarbeit an allen Schulen, sozialräumliche Arbeit im Stadtteil und eine Befähigung vom frühen Kindesalter an, gezielte Lernförderung, Elternarbeit und Programme für schulumüde Jugendliche.

Jede Stadt, jeder Kreis in Deutschland kann jetzt seine Zahlen unter [www.caritas.de](http://www.caritas.de) einsehen. Ursachen für schlechte Befähigungssituationen müssen im Einzelnen vor Ort erkundet werden. Dabei ist trotz aller sozio-ökonomischen Einflussfaktoren zu bedenken: Es gibt Kreise und Städte, die es trotz widriger Umstände schaffen, dass Jugendliche einen Schulabschluss erreichen. Befähigung ist möglich! Die Caritas wird auf Bundes-, Landes- und Ortsebene versuchen, bei der Lösungssuche mitzuhelfen, damit sich ein Stück mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land durchsetzt.

Peter Neher



**Prälat Dr. Peter Neher**

Präsident des Deutschen  
Caritasverbandes  
E-Mail: [peter.neher@caritas.de](mailto:peter.neher@caritas.de)

# Ohne Schulabschluss – und ohne Chancen?

*In einer Studie untersucht die Caritas, welche Faktoren für Schulbildungsabschlüsse von Jugendlichen relevant sind und wie ein gelingender Bildungsweg aussehen kann.*

## Jugendliche ohne Hauptschulabschluss: Situation

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss sind auf ihrem Lebensweg mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Nur 22 Prozent von ihnen schafften 2008 den Übergang in die duale Ausbildung – also die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Damit sind ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz noch einmal deutlich schlechter als diejenigen der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss. Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss beginnen 50 Prozent eine duale Ausbildung.

77 Prozent der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss finden sich im sogenannten Übergangssystem wieder: Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge.<sup>1</sup> Mit diesen Maßnahmen beziehungsweise Bildungsgängen können individuelle Voraussetzungen zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung geschaffen werden. So ist es im Übergangssystem oftmals möglich, den Hauptschulabschluss nachträglich zu erwerben.<sup>2</sup> Manche Maßnahmen sind teilqualifizierend, das heißt sie sind anrechenbar bei einer späteren Berufsausbildung. Das Übergangssystem selbst führt aber nicht zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung.

Für einen Teil der Jugendlichen im Übergangssystem beginnen sogenannte Maßnahmekarrieren. Damit soll ausgedrückt werden, dass die betroffenen Jugendlichen trotz der Teilnahme an diversen Förderprogrammen keinen Ausbildungsplatz erlangen und immer wieder an neuen Maßnahmen teilnehmen.<sup>3</sup>

Die dargestellten Nachteile auf dem Ausbildungsmarkt setzen sich auf dem Arbeitsmarkt fort. Menschen ohne Berufsausbildung sind deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als höherqualifizierte Personengruppen.<sup>4</sup> Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lag die Arbeitslosenquote von Menschen ohne Berufsausbildung 2009 bei 21,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote bei Personen mit einer Lehre oder einem Fachschulabschluss war mit 6,6 Prozent deutlich niedriger. Ein Hochschulabschluss reduzierte sie auf 2,5 Prozent.<sup>5</sup> Die Arbeitsplätze, die Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss angeboten werden, sind oft prekär und niedrig entlohnt. In der Folge liegt auch ihr Armutsrisiko weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.<sup>6</sup>

Es ist also nicht verwunderlich, dass Studien, die sich mit den individuellen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen befassen, von einer kleinen, aber wachsenden Gruppe von Jugendlichen berichten, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlt und wenig positiv in die Zukunft blickt. Der zunehmende Qualifizierungsdruck auf dem Arbeitsmarkt führt zu einer größeren Bedeutung formaler Bildung, die den einzelnen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern immer bewusster wird. Die betroffenen Jugendlichen leiden oft sowohl an individuellen Versagensängsten als auch an Stigmatisierungen.<sup>7</sup>

Eine Studie, die im Auftrag der Diözesan-Caritasverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart erstellt wurde, sagt aus, dass Kinder aus armen Familien, die im Grundschulalter noch positiv in ihre Zukunft

schauen, später häufig frustriert sind und resignieren.<sup>8</sup>

## Caritas – Mitgestalterin von Bildungs- und Lebensweg

Die Caritas ist im Bildungsbereich auf mehreren Ebenen tätig. Zum einen ist sie Trägerin von Förderschulen. Somit steht sie in der Mitverantwortung für den schulischen Erfolg der Jugendlichen. Als Trägerin von Kindertageseinrichtungen ist sie Gestalterin frühkindlicher Bildung und Betreuung. Im nachschulischen Bereich bietet sie außerschulische Bildungsmaßnahmen an, die zum Übergangssystem gehören. Darüber hinaus bietet die Caritas Schul- und Jugendsozialarbeit an, in deren Rahmen die Jugendlichen in ihrem schulischen und außerschulischen Lebensumfeld begleitet werden (siehe dazu auch den Beitrag Rosner, S. 16). Die Hilfen zur Erziehung bieten Unterstützung und Begleitung für Kinder und Jugendliche und deren Eltern. Eltern- und Familienarbeit geschieht über zahlreiche Beratungs- und Unterstützungstätigkeiten. Außerdem ist die Caritas in der Behindertenarbeit aktiv. Die Caritas ist also ein wichtiger Akteur der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und Mitgestalterin ihres Lebensumfeldes.

Im späteren Lebensverlauf ist die Caritas mit ihren beratenden Diensten und Einrichtungen häufiger Ansprechpartner von Menschen ohne Schulabschluss und mit geringer Bildung. So geben 26,9 Prozent der Nutzer der Allgemeinen Sozialberatung im Alter von über 25 Jahren an, keinen Schulabschluss zu besitzen.<sup>9</sup>

Der Deutsche Caritasverband mit seinen bundesweiten Gliederungen richtet ein besonderes Augenmerk auf die Gruppe der benachteiligten Kinder und Jugendlichen. In einer Befähigungsinitiative in den Jahren 2006 bis 2008 hat er das Prinzip der Befähigung in seinen Diensten und Einrichtungen in den Fokus gerückt. Befähigung bedeutet, den Einzelnen zu unterstützen, so dass er ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben führen und seine Potenziale und Perspektiven entfalten kann. Die Initiative wurde begleitet von den Jahreskampagnen „Mach dich stark für starke Kinder“ und „Achten statt ächten“, die auf die Situation benachteiligter Jugendlicher hinwies. Auf politischer Ebene hat sich der Deutsche Caritasverband mit seiner bildungspolitischen Position eingebracht (siehe neue caritas Heft 3/2012, S. 32–44). Zum inklusiven Lernen von Kindern mit Behinderung findet im Deutschen Caritasverband ein Diskussionsprozess statt, der auch Auswirkungen auf die Gestaltung seiner bildungsrelevanten Angebote haben wird (siehe neue caritas Heft 20/2010, S. 32–41).

Mit der vorliegenden Untersuchung möchte der Deutsche Caritasverband den Blick auf Jugendliche ohne Hauptschulabschluss lenken. Dazu hat der Deutsche Caritasverband zum einen die Quoten von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sowie weitere sozioökonomische Faktoren dargestellt. In einer

Studie, die der Deutsche Caritasverband beim RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) in Auftrag gegeben hat, werden statistisch signifikante Einflussfaktoren auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss vor Ort ermittelt. Die Ergebnisse werden im Artikel „Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss: Quoten und Einflüsse“ (S. 6) vorgestellt. Auf einem Fachtag wurden Caritas-Praktiker aus Städten und Kreisen mit einer unerwartet guten Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss nach kommunalen Erfolgsfaktoren befragt. Die Ergebnisse werden im Artikel „Erfolgsfaktoren: Es lohnt sich zu investieren!“ (S. 17) dargestellt. So können Anhaltspunkte gefunden werden, wie eine erfolgreiche Kommunalpolitik zur Senkung der Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss aussehen kann. Die Studie und die Befragung sollen dazu beitragen, strukturelle Ursachen zu identifizieren, die zum Nicht-Erreichen eines Hauptschulabschlusses führen, und zum anderen Erfolgsfaktoren ermitteln, die es möglicherweise erleichtern, dass mehr Jugendliche ihren Hauptschulabschluss erreichen.

**Anmerkungen**

1. AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: *Bildung in Deutschland*. Bielefeld : W. Bertelsmann Verlag, 2010.
2. Ohne allgemeinbildenden Abschluss waren 2008 3,2 Prozent der Bevölkerung im Alter

von 25 bis unter 65 Jahren. In: AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: *Bildung in Deutschland*, 2010.

3. Ein Überblick dazu und Möglichkeiten, Jugendliche im Übergangssystem optimal zu fördern, finden sich in GOLTZ, Marianne; CHRIS-TE, Gerhard; BOHLEN, Elise: *Chancen für Jugendliche ohne Berufsausbildung. Problem-analyse – Beschäftigungsfelder – Förderstrategien*. Freiburg, Lambertus, 2008.

4. Bei diesen Daten wird in der Regel nicht mehr nach dem erreichten Schulabschluss differenziert. Dennoch liegt es nahe, dass sich die meisten Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss angesichts ihrer Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt in dieser Gruppe wiederfinden.

5. IAB aktuell, „Jeder fünfte Geringqualifizierte ist arbeitslos“, 10.2.2011.

6. EUROSTAT, EU SILC 2010: 27,8 Prozent der Personen zwischen 18 und 64 Jahren, die höchstens über einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe 1 verfügen, sind arbeitsgefährdet gegenüber 15,6 Prozent der Gesamtbevölkerung.

7. CALMBACH, Marc et al.: *Sinus-Jugendstudie u18: „Wie ticken Jugendliche 2012? – Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland“*. Düsseldorf : Verlag Haus Altenberg, 2012.

8. IfaS – INSTITUT FÜR ANGEWANDTE SOZIALWISSENSCHAFTEN: „Die Menschen hinter den Zahlen – Arme Kinder und ihre Familien in Baden-Württemberg“. 2009.

9. Mehr Informationen dazu finden sich in KUNZ, Stefan, neue caritas Heft 12/2012.

**Das Projektteam**



**Dr. Verena Liessem**  
Projektleitung, Referentin für Sozialpolitik beim DCV  
E-Mail: verena.liessem@caritas.de



**Dr. Thomas Becker**  
Abteilungsleiter Sozialpolitik und Publizistik beim DCV in Freiburg;  
E-Mail: thomas.becker@caritas.de



**Professor Dr. Georg Cremer**  
Generalsekretär, Vorstand Fach- und Sozialpolitik im DCV;  
E-Mail: georg.cremer@caritas.de



**Dr. Clarita Schwengers**  
Referatsleiterin Koordination Sozialpolitik, DCV  
E-Mail: clarita.schwengers@caritas.de

# Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss: Quoten und Einflüsse

*Die hypothetischen Annahmen darüber, welche Faktoren zu einem Hauptschulabschluss führen, werden nur teilweise bestätigt. Nachweisbar ist zum Beispiel der Einfluss der Arbeitslosenquote sowie die anteilige Quote an Förderschülern.*

Bild: Christof Becker



**Das darf nicht passieren:  
ohne Abschluss außen vor.**

verlassen, ohne zumindest über einen Hauptschulabschluss zu verfügen. Die entsprechenden Daten lassen sich den amtlichen Statistiken entnehmen. Der Begriff „Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss“ ist wie folgt definiert:

„Als Abgänger der allgemeinbildenden Schulen werden Schüler(innen) bezeichnet, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Schuljahres verlassen haben und nicht auf eine andere allgemeinbildende Schule gewechselt haben.“<sup>1</sup>

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss sind diejenigen Abgänger, die bei ihrem Abgang nicht mindestens über einen Hauptschulabschluss verfügen. Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen auch die Förderschulen. Somit werden in unserer Analyse auch Abgänger von Förderschulen, die keinen Hauptschulabschluss erreicht haben, erfasst.

Die amtliche Statistik erhebt die absolute Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Um eine Quote zu bilden, muss eine Bezugsgröße gewählt werden. Hier bieten sich mehrere Alternativen an. Die offizielle Statistik der Kultusministerkonferenz (KMK) bezieht die Zahl der

## Überblick über die Studie

In der Studie soll identifiziert werden, welche Gegebenheiten vor Ort einen statistisch belegbaren Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss haben.

Dazu werden zunächst die Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte dargestellt. In einem zweiten Schritt werden Hypothesen darüber vorgestellt, was Einflussfaktoren für das Erreichen beziehungsweise Nicht-Erreichen eines

Hauptschulabschlusses sein können. Mittels einer Regressionsanalyse (S. 12) wurden diese Hypothesen anhand geeigneter Kennziffern auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) überprüft.

## Was sind Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss?

In unserer Studie konzentrieren wir uns auf diejenigen Schülerinnen und Schüler, die das allgemeinbildende Schulsystem

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf die Gruppe der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Andere Studien beziehen sie auf die Gesamtzahl der Abgänger und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen.

Für unsere Studie haben wir uns für die Bezugsgröße „Anzahl aller Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse an allgemeinbildenden Schulen vor zwei beziehungsweise drei (siehe unten) Jahren“ entschieden. Die ermittelten Quoten zeigen daher die Anzahl der Schulabgänger(innen) ohne Hauptschulabschluss eines Jahrgangs im Verhältnis zur Anzahl der Schüler(innen) an allgemeinbildenden Schulen auf, die vor zwei beziehungsweise drei Jahren in der 7. Klasse waren. Dies geschieht, um Verzerrungen zu vermeiden, die sich auf Kreisebene aufgrund von Schülerwanderungen in eine Stadt und/oder aufgrund von zurückgehenden Schülerzahlen in den einzelnen Jahrgängen ergeben könnten.<sup>2</sup> Ob man die Anzahl der Schüler(innen) als Bezugsgröße nimmt, die vor zwei Jahren in der 7. Klasse waren oder die derjenigen, die vor drei Jahren in der 7. Klasse waren, hängt mit der unterschiedlichen Dauer der Vollzeitschulpflicht (neun oder zehn Jahre) zusammen. Die Definition spiegelt die Vermutung, dass die überaus meisten Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss die Vollzeitschulpflicht erfüllen und erst danach ohne Abschluss abgehen. Abhängig von der Vollzeitschulpflicht des jeweiligen Bundeslandes müssten die Schüler dann vor zwei beziehungsweise drei Jahren in der 7. Klasse gewesen sein.<sup>3</sup> Aus dieser Definition können sich (in der Regel geringe) Abweichungen von anderen ausgewiesenen Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ergeben.

### Die Abgängerquote auf Kreisebene

Die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss variiert örtlich sehr stark. Der deutschlandweite Durchschnitt lag 2009 bei 7,2 Prozent. Die örtlichen Quoten variierten dabei zwischen 2,4 Prozent im Landkreis Forchheim (Bayern) und 26,6 Prozent in der kreisfreien Stadt Wismar

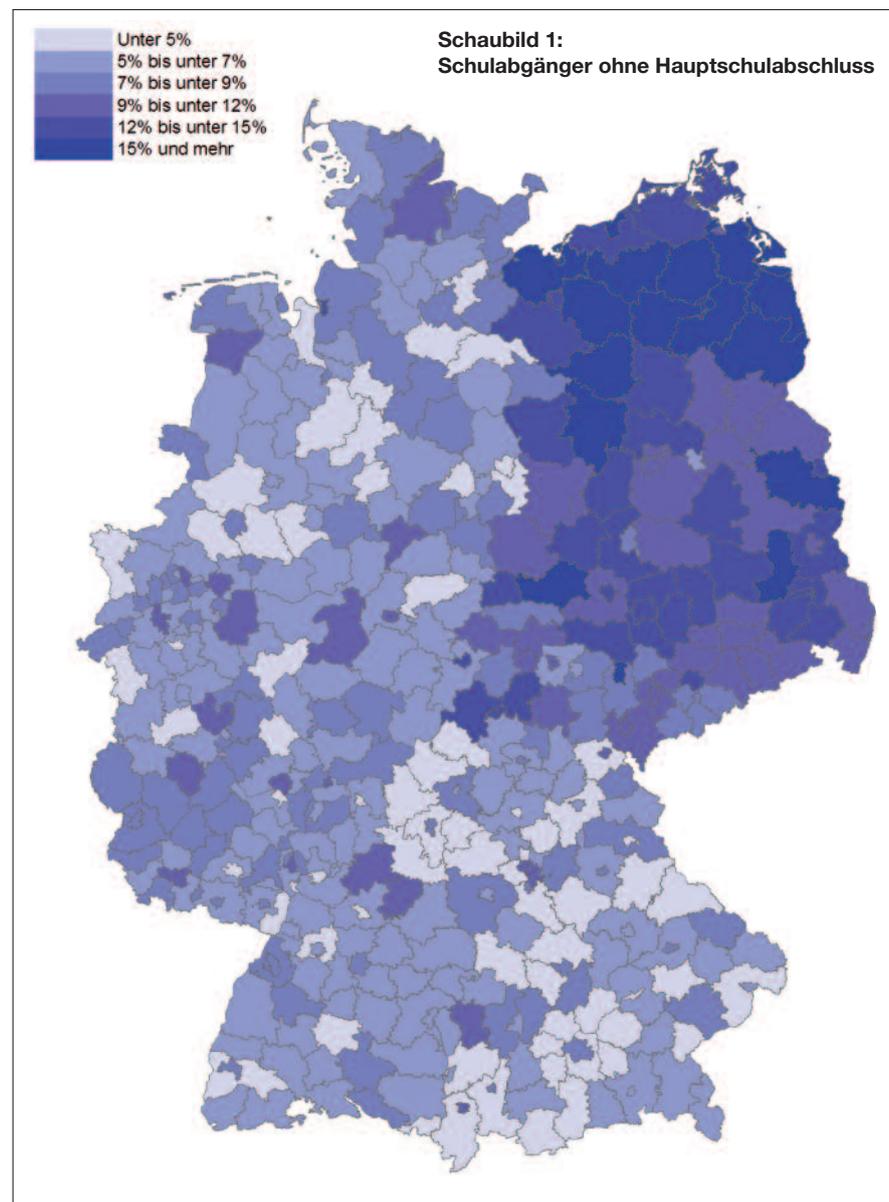
(Mecklenburg-Vorpommern). Auch innerhalb der Bundesländer streuten die Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss stark: Zum Beispiel lag der Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen bei 6,5 Prozent, die Quote streute zwischen 3,4 Prozent im Kreis Coesfeld und 11,4 Prozent in Gelsenkirchen (s. Schaubild 1).

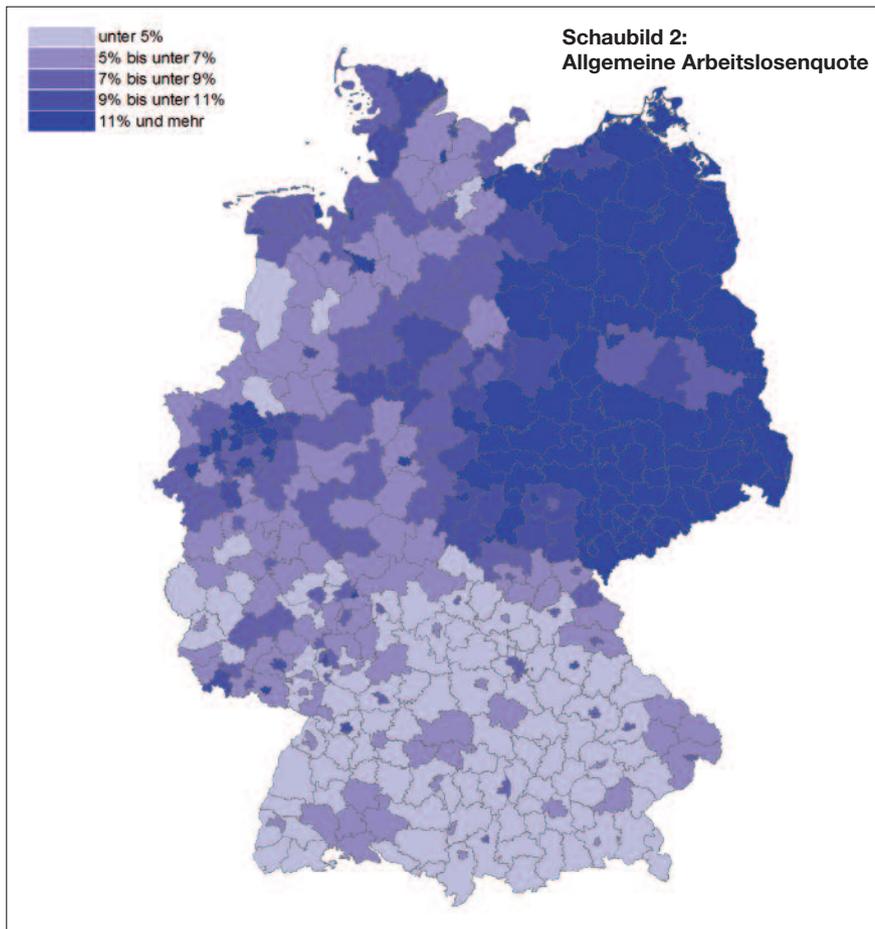
Da die Orte untereinander und auch innerhalb der einzelnen Bundesländer sehr unterschiedliche Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss aufweisen, liegt die Vermutung nahe, dass neben dem

(länderspezifischen) Schulsystem auch andere strukturelle Faktoren vor Ort eine entscheidende Rolle dafür spielen, ob Schüler und Schülerinnen ihren Hauptschulabschluss erreichen. Mögliche Einflussfaktoren werden im nächsten Kapitel vorgestellt (S. 17 ff.).

### Vermutete strukturelle Einflussfaktoren

Die Analyse wurde auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte (Kreisebene) durchgeführt. Da keine Individualdaten der ein-





zelen Schülerinnen und Schüler vorliegen (zum Beispiel: sind die Eltern arbeitslos?), verwenden wir auf Kreisebene vorliegende Aggregatsdaten (im Beispiel: Arbeitslosenquote eines Kreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt).

Der verwendete Faktor „Arbeitslosenquote in einem Kreis/einer kreisfreien Stadt“ kann vom einzelnen Schüler aus betrachtet (Individualebene) mehrere mögliche negative Einflüsse auf den Bildungsweg abbilden: negative Auswirkungen von Arbeitslosigkeit der Eltern, negative Auswirkung der Arbeitslosigkeit von Peers, insgesamt perspektivenarmes Umfeld und mehr. Welche dieser Einflüsse der Arbeitslosigkeit auf der Individualebene zum Tragen kommen, kann mit dieser Untersuchung nicht abschließend beantwortet werden. Es kann aber folgende These aufgestellt werden: In Kreisen oder kreisfreien

Städten, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, ist die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls hoch.

Bei der Vorstellung und Begründung unserer untersuchten Einflussfaktoren werden wir im Folgenden mehrere mögliche und vermutlich nicht abschließende Wirkungskanäle aufzeigen. Vor allem die sozioökonomischen Faktoren sind größtenteils in der Literatur als beeinflussend auf allgemeine Bildungsverläufe (zum Beispiel PISA-Studien) festgestellt worden.<sup>4</sup> Auch Erfahrungen der Caritas und eine qualitative Studie von Deutschem Caritasverband und INVIA, katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland, die Befragungen von Jugendlichen ohne Berufsausbildung enthält, weisen auf die Bedeutsamkeit der sozioökonomischen Faktoren hin.<sup>5</sup>

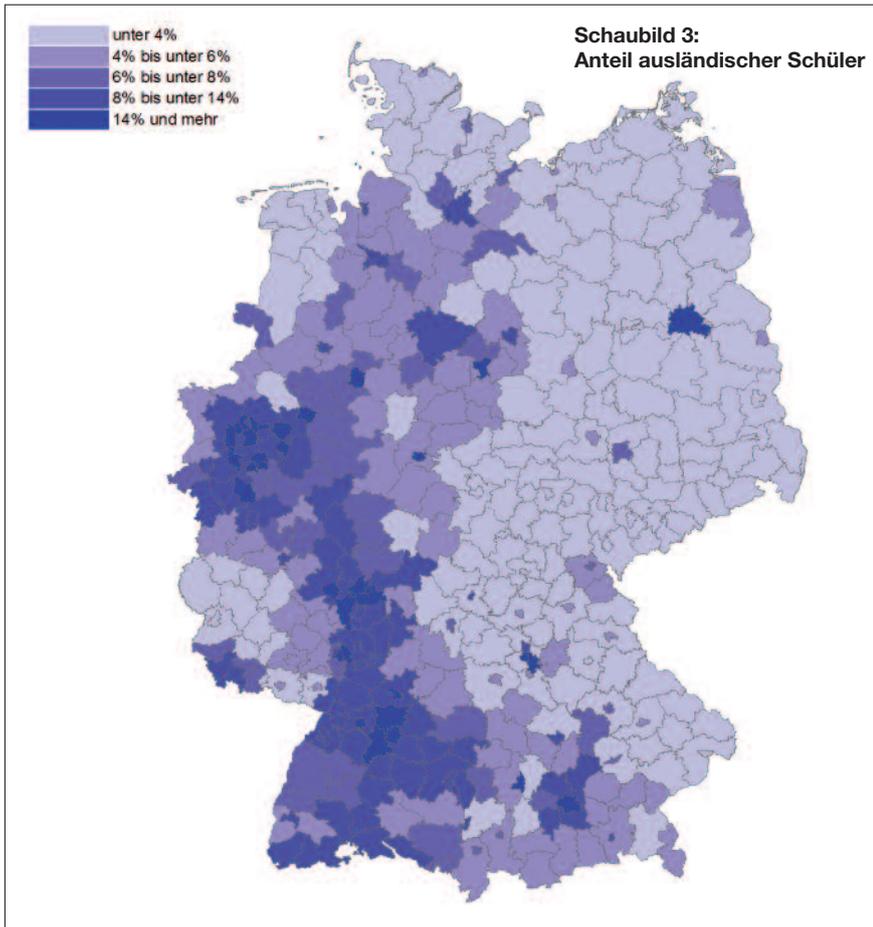
## 1. Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt könnte auf die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss Einfluss haben durch Auswirkungen der Arbeitslosigkeit der Eltern von Schülern, der Arbeitslosigkeit von Freunden oder auch durch ein allgemeines Umfeld mit hoher Arbeitslosigkeit. Es gibt unterschiedliche Einflusskanäle, durch die sich die Arbeitslosigkeit im Umfeld negativ auf den Schulerfolg eines Schülers/einer Schülerin auswirken kann. Sie kann entmutigen, indem sie dem Schüler schlechte Perspektiven für seine eigene berufliche Entwicklung aufzeigt („Ich werde ja sowieso nur Hartz IV“). Darüber hinaus können mangelnde finanzielle Ressourcen in der eigenen Familie aber auch dazu führen, dass nicht dieselben Voraussetzungen wie bei anderen Schülern gegeben sind: Wenn es zum Beispiel am festen Platz zum Lernen mangelt (eigener Schreibtisch) oder zu wenig Geld vorhanden ist, um auf dem sogenannten schulbegleitenden Bildungsmarkt (zum Beispiel Nachhilfe) zusätzliche Unterstützung „einzukaufen“. Arbeitslosigkeit kann aber auch familiäre Probleme hervorrufen beziehungsweise verstärken, weil sie die Familie beziehungsweise den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen stark belastet. Möglicherweise führt die Arbeitslosigkeit in Gebieten, die eine soziale Segregation aufweisen, auch dazu, dass der Schüler in einem schwierigeren Umfeld heranwächst und häufiger selbst mit sozialen Problemen konfrontiert wird.

Der Einfluss der Arbeitslosenquote in einem Kreis/einer kreisfreien Stadt wird gemessen an der allgemeinen Arbeitslosenquote. Diese bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen (s. Schaubild 2).

## 2. Besuch von Förderschulen

Fast drei Viertel der Förderschüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.<sup>6</sup> Ein höherer Anteil von Förderschülern vor Ort müsste deswegen zu einem höheren Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss führen (siehe Exkurs zu Förderschulen und Schaubild 7, S. 28).



Der Besuch von Förderschulen in einem Kreis/einer kreisfreien Stadt wird gemessen am Anteil der Sonder- und Förderschüler an den Schülern der allgemeinbildenden Schulen insgesamt.

### 3. Schüler mit Migrationshintergrund

Die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt könnte auf die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss über mehrere Wege Einfluss nehmen. Ein Grund können Sprachprobleme sein. Auch Integrationsprobleme können vom Erreichen des Bildungsziels ablenken. Neben der Tatsache, dass Schüler(innen) mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft von sozialen Problemlagen betroffen sind<sup>7</sup> (Arbeitslosigkeit in der Familie, niedriger Bildungsstand der Eltern), ist es auch denkbar, dass ihre Eltern das deutsche

Schulsystem schlechter kennen und die falsche Schulentscheidung für ihr Kind treffen. Kinder mit Migrationshintergrund finden sich überdurchschnittlich oft an Förderschulen wieder<sup>8</sup>, was (auch) Ergebnis falscher Beratung oder eventuell eine Problemabwälzung einiger Lehrer sein könnte.

Da auf Kreisebene keine Daten über den Migrationshintergrund von Schülern vorliegen, verwenden wir zur Annäherung die Kennziffer „Anteil der ausländischen Schüler an den Schülern der allgemeinbildenden Schulen“. Wie sich der Anteil von ausländischen Schülern auf Kreisebene verteilt, zeigt Schaubild 3.

### 4. Bildungsniveau der Eltern

Das allgemeine Bildungsniveau der Eltern in einem Kreis/einer kreisfreien Stadt kann ebenfalls auf verschiedenen Wegen Ein-

## statement

### Kita-Besuch wirkt sich positiv aus

Unumstritten ist: In den ersten Lebensjahren werden wichtige Voraussetzungen für die Lern- und Bildungsprozesse von jungen Menschen geschaffen. Anders ausgedrückt: Der Besuch einer Kindertageseinrichtung hat positive Auswirkungen auf die Bildungsbiografie von Kindern. Und das nicht ohne Grund: Anders als in der Schule wird Bildung in Kindertageseinrichtungen als ganzheitlicher Prozess verstanden, in dem alle physischen, sozialen, emotionalen und kognitiven Potenziale der Kinder gestärkt und gefördert werden. Dabei orientieren sich die Erzieherinnen an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder, beispielsweise daran, die Entwicklung ihrer sprachlichen Kompetenzen zu unterstützen. Das Verständnis einer ganzheitlichen Pädagogik betont Bildung als einen sinnlich und subjektiv bedeutsamen Prozess der Identitätsentwicklung. Kinder erleben sich darin als aktiv, wichtig und wirksam. Gerade benachteiligten Kindern kommt dies zugute. Sie machen die Erfahrung, dass sie durch eigene Anstrengungen im wirklichen Leben etwas erreichen können. Das sind wichtige Voraussetzungen dafür, die eigenen Fähigkeiten und Talente zu entdecken, an sich selbst zu glauben, selbstbewusst und wissbegierig durch das Leben zu gehen.



**Frank Jansen**

Geschäftsführer  
des Verbandes  
Katholischer Tages-  
einrichtungen für  
Kinder (KTK)  
E-Mail: frank.  
jansen@caritas.de

## statement

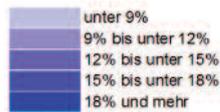
### Hoffnungsträger ohne Perspektiven?

Für Jugendliche und junge Erwachsene, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe betreut werden, hängt die Zukunftsperspektive sehr stark vom Wohlwollen des Kostenträgers ab: Trotz gesetzlichem Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe bis zum 27. Lebensjahr stellen mehr und mehr Jugendämter mit der Volljährigkeit ihre Unterstützung für die Anspruchsberechtigten ein. Dies hat nachweislich auch Folgen für den Schulabschluss. Das Primat der frühen Verselbstständigung nimmt Jugendlichen oft die Chance zu einem Hauptschulabschluss. Dabei stehen vor allem Kostengründe im Vordergrund, insbesondere dann, wenn Jugendliche in dieser schwierigen Lebensphase mehr Zeit und Betreuung benötigen. Die notwendige Hilfe wird oftmals nicht genehmigt oder mit restriktiven Auflagen belegt wie immer wieder kurzfristiger Verlängerung. Dieser Druck und Perspektivlosigkeit führen bei den Betroffenen zu Abbrüchen bei Hauptschulabschlüssen oder Berufsabschlüssen. Die Verantwortlichen sollten sich dessen bewusst sein und ihre Hilfeplanung daran ausrichten, wie ein auch etwas zeitaufwendiger Hauptschulabschluss gelingen kann. Der politische Wille muss deutlich zeigen, dass er tatsächlich alle Hoffnungsträger unserer Gesellschaft im Blick hat und entsprechend fördert.

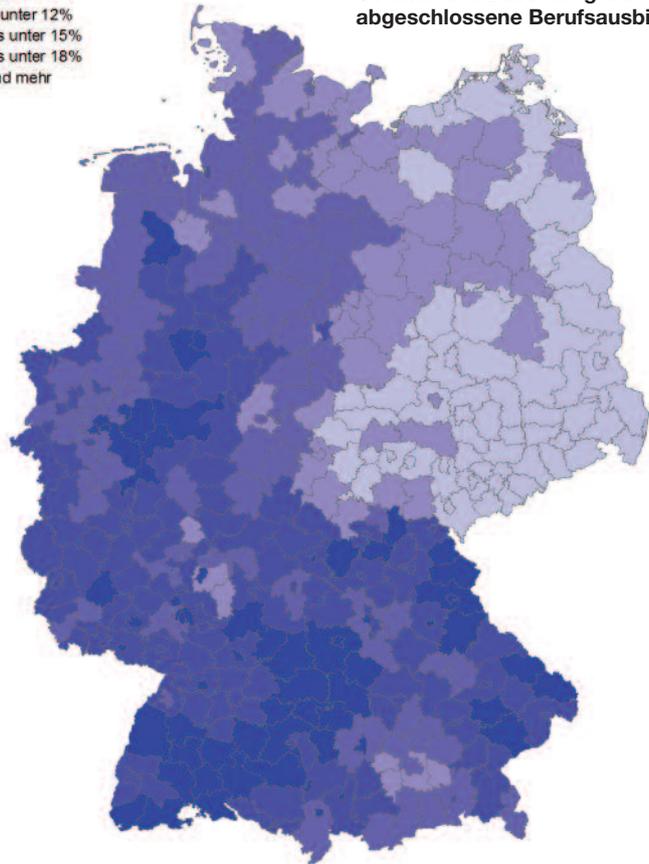


**Stephan Hiller**

Geschäftsführer des Bundesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe  
E-Mail: stephan.hiller@caritas.de



**Schaubild 4: Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung**



fluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nehmen. Zum einen benachteiligt das deutsche Schulsystem nachweislich Kinder von Eltern mit schlechterem Bildungsstand.<sup>9</sup> Zum anderen sind Eltern mit schlechterem Bildungsstand möglicherweise nicht so gut in der Lage, die Kinder im schulischen Lernen zu unterstützen. Ebenso wie bei Menschen mit Migrationshintergrund könnte Unkenntnis der genauen Mechanismen des Schulsystems eine Rolle spielen (insbesondere dann, wenn ein Kind die Empfehlung bekommt, auf die Förderschule zu gehen). Ebenfalls möglich wäre, dass der Ertrag von Bildung (zu) gering eingeschätzt wird.

Auf Kreisebene liegen keine Daten über das Bildungsniveau der Eltern vor. Wir nähern es deswegen an über die Variable „Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung an allen sozi-

alversicherungspflichtigen Beschäftigten“. Schaubild 4 zeigt, wie sich dieser Anteil über die Kreise verteilt.

#### 5. Besuch einer Hauptschule

Da Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss häufig – neben den Förderschulen – Hauptschulen besucht haben, liegt die Vermutung nahe, dass der Besuch einer Hauptschule einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit eines Schulabgangs ohne Abschluss haben kann. Dass die Hauptschule in einigen Publikationen als „Restschule“ bezeichnet wird, unterstützt diese These weiter.

Der Besuch einer Hauptschule wird gemessen am Anteil der Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die eine Hauptschule besuchen. Der Besuch von Hauptschulen ist von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich. In den meisten ost-

deutschen Bundesländern existieren sogenannte Mittelschulen (die Bezeichnungen variieren), die Haupt- und Realschulen miteinander vereinen (s. Schaubild 5).

### 6. Stadt-/Landgefälle

Möglicherweise spielt es für das Erreichen des Hauptschulabschlusses eine Rolle, ob Schüler in städtischem oder ländlichem Raum aufwachsen. Dieser Einfluss kann eventuell schon über die sozioökonomischen Faktoren abgedeckt sein. Allerdings ist es möglich, dass neben der sozioökonomischen Struktur weitere Faktoren, wie zum Beispiel Mentalitätsunterschiede oder Ablenkungspotenzial im Sozialraum, eine Rolle spielen. Um diese Faktoren in die Analyse einzubeziehen, haben wir die Siedlungsstruktur berücksichtigt, die der Kreis beziehungsweise die kreisfreie Stadt aufweist. Dies geschieht nach der Definition des Bundesamtes für Raumwesen und Raumordnung (s. Schaubild 8 im Anhang, S. 29).

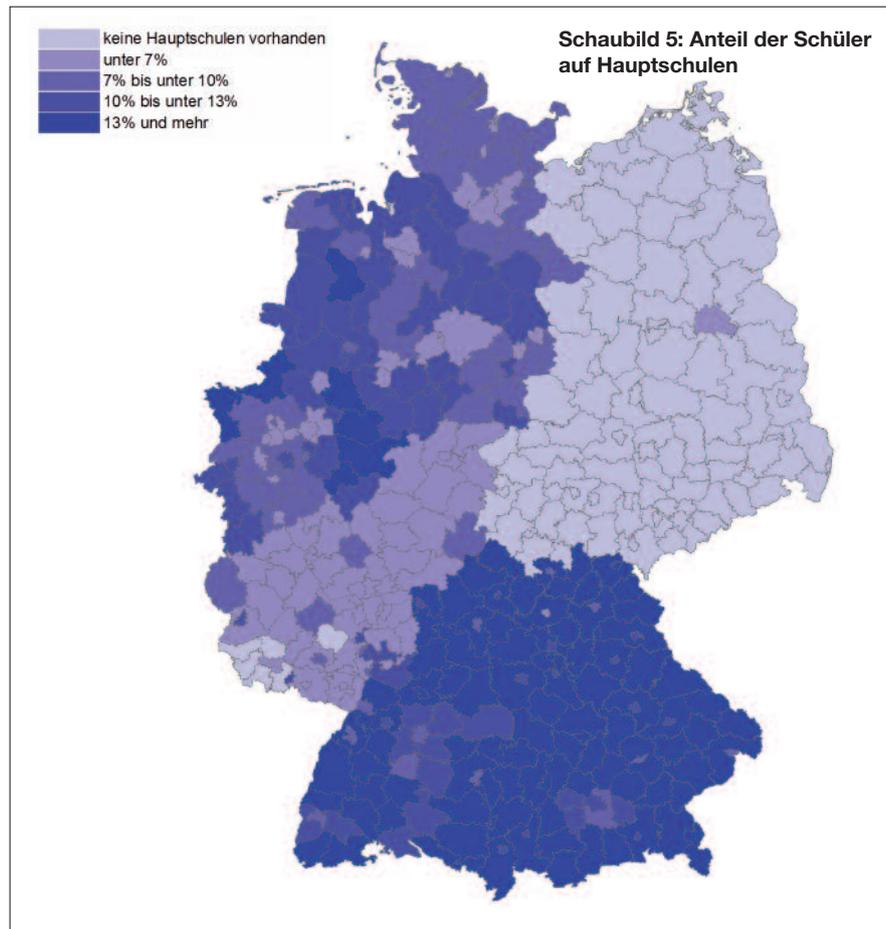
### 7. Verschuldung eines Kreises/einer kreisfreien Stadt

Die Verschuldung eines Kreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt könnte auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss Einfluss haben, weil sie möglicherweise etwas darüber aussagt, wie viel Mittel der Kreis/die kreisfreie Stadt zur Verfügung hat beziehungsweise nicht zur Verfügung hat, um Kinder und Jugendliche zu fördern. Bei einer hohen Verschuldung könnte der finanzielle Spielraum so stark eingeschränkt sein, dass bestimmte Angebote für benachteiligte Jugendliche nicht aufrechterhalten werden beziehungsweise nie angeboten wurden.

Die Verschuldung eines Kreises/einer kreisfreien Stadt wird gemessen an den Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände pro Einwohner<sup>10</sup> (s. auch Schaubild 9 im Anhang, S. 30).

### 8. Bruttoinlandsprodukt eines Kreises/einer kreisfreien Stadt

Das Bruttoinlandsprodukt eines Kreises/einer kreisfreien Stadt kann auf mehreren

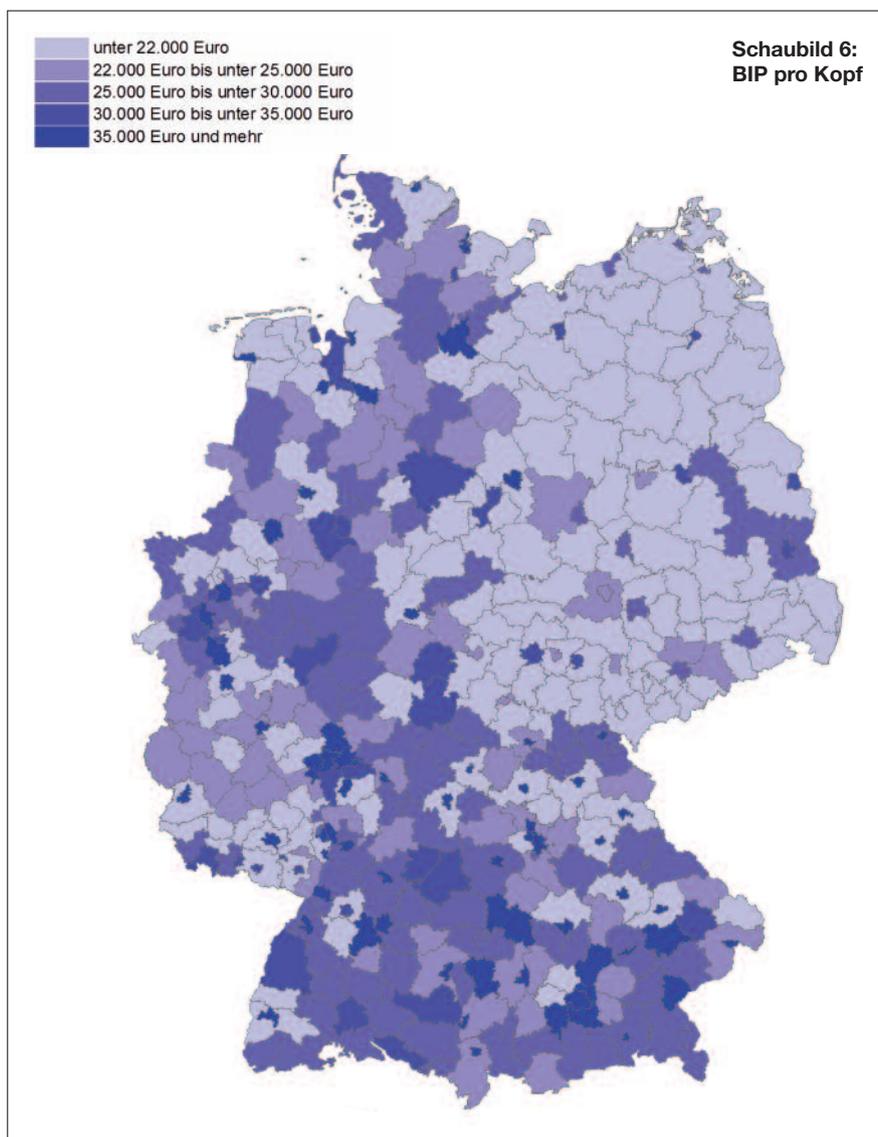


Wegen Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nehmen. Zum einen könnte es sein, dass den Kreisen und kreisfreien Städten mehr Geld zur Verfügung steht und sie dieses in die Bildung und Förderung ihrer Kinder und Jugendlichen investieren. Zum anderen ist es möglich, dass die Unternehmen selbst in Schulen, Bildung und Förderprogramme investieren, um möglichst gut ausgebildete Nachwuchskräfte zu bekommen. Auch Partnerschaftsprogramme zwischen Schulen und Unternehmen sind denkbar. Ein hohes Bruttoinlandsprodukt kann sich aber auch auf die Motivation der Schüler auswirken, weil sie Perspektiven auf einen (guten) Arbeitsplatz haben. Auch ist es möglich, dass Eltern tendenziell ein höheres Einkommen erzielen und dies für bildungsrelevante Aktivitäten ausgeben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

wird auf Kreisebene ausgewiesen (s. Schaubild 6 auf der folgenden Seite).

### 9. Bundeslandzugehörigkeit

Mit der Bundeslandzugehörigkeit soll insbesondere der Einfluss des Schulsystems eines Landes auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss gemessen werden. Es ist möglich, dass einzelne Schulsysteme das Erreichen eines Hauptschulabschlusses fördern und andere nicht. Allerdings können Unterschiede in der Bundeslandzugehörigkeit auch Unterschiede in den Anforderungen an das Erreichen eines Hauptschulabschlusses widerspiegeln. PISA-Untersuchungen haben für unterschiedliche Bundesländer unterschiedliche Lernstände für Hauptschulabsolventen ausgewiesen. Da die Länder keine einheitlichen Prüfungen aufstellen, sind hier Unterschiede auch erwartbar. →



Neben Einflüssen des Schulsystems kann die Bundeslandzugehörigkeit auch sonstige systematische Einflüsse auf das Erreichen eines Hauptschulabschlusses wiedergeben, die durch die vorstehend vorgestellten Einflussfaktoren (Arbeitslosenquote, Migrationshintergrund etc.) nicht abgedeckt sind.

### Die Daten

Die verwendeten Daten sind auf Kreisebene gemessen und beziehen sich auf das Jahr 2009. Sie wurden mit Ausnahme der Arbeitslosenquote von den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes erholt.

ben. Die Arbeitslosenquote wurde der Statistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen.<sup>11</sup> Wo nötig, wurden eigene Berechnungen durchgeführt, um die oben aufgeführten Indikatoren zu bilden. Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 412 Kreise, inklusive Berlin und Hamburg, von denen bis auf die neu strukturierte Städteregion Aachen alle in der Analyse berücksichtigt werden.

### Die Analyse

Der Deutsche Caritasverband hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beauftragt, zu

analysieren, welche der oben aufgeführten Faktoren einen statistisch gesicherten Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf Kreisebene haben.

Dazu wurde vom RWI eine Regressionsanalyse durchgeführt. Mittels Regressionsanalyse können statistisch gesicherte Aussagen darüber getroffen werden, welche der sozioökonomischen Indikatoren einen systematischen Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss haben. Das heißt, es werden Zusammenhänge ermittelt und Art und Grad des Zusammenhangs ausgewiesen. Sogenannte Signifikanztests überprüfen den Zusammenhang. Genauere Angaben zur Methode finden sich im Projektbericht des RWI unter [www.caritas.de](http://www.caritas.de).

### Statistisch gesicherte Einflussfaktoren

Die beschriebenen Einflussfaktoren waren in die Untersuchung als Hypothesen eingegangen. Einige davon konnten bestätigt werden, andere zeigten keinen statistisch signifikanten Einfluss. Es werden zunächst die statistisch gesicherten sozioökonomischen Einflussfaktoren nach ihrer Einflusskraft gereiht vorgestellt.

#### 1. Anteil der Förderschüler

Der Anteil der Förderschüler wirkt sich signifikant auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss aus. Er hat die höchste Wirkkraft der sozioökonomischen Faktoren: Fällt der Anteil der Sonder- oder Förderschüler um einen Prozentpunkt höher aus, so liegt der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Durchschnitt um 0,6 Prozentpunkte höher.<sup>12</sup> Der Zusammenhang erklärt sich durch die hohe Anzahl an Förderschülern, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen (s. Exkurs Förderschulen, S. 25).

#### 2. Allgemeine Arbeitslosenquote

Die allgemeine Arbeitslosenquote wirkt ebenfalls signifikant auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Sie ist der zweitwichtigste der sozioökono-

### Sozioökonomische Einflussfaktoren auf den Schulabgang ohne Hauptschulabschluss

Anteil der Förderschüler	+ 0,6
Allgemeine Arbeitslosenquote	+ 0,23
Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung	+ 0,09
Anteil der ausländischen Schüler	+ 0,09
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Anstieg um 1000 Euro)	- 0,04

Anstieg (+) bzw. Senkung (-) des Anteils der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Prozentpunkten, wenn der sozioökonomische Faktor um einen Prozentpunkt steigt (BIP: Anstieg um 1000 Euro)

mischen Einflussfaktoren: Im Durchschnitt fällt der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss um 0,23 Prozentpunkte höher aus, wenn die allgemeine Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt höher ausfällt. Das bedeutet: Wenn in einem Kreis die Arbeitslosenquote bei 8 Prozent liegt und die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bei 5 Prozent, müsste bei einer Erhöhung der Arbeitslosenquote auf 9 Prozent bei ansonsten gleichen Bedingungen die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bei durchschnittlich 5,23 Prozent liegen.

#### 3. Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Kreise mit hohem Anteil an Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung weisen einen signifikant höheren Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf als Kreise mit geringem Anteil an Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Fällt der Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung um einen Prozentpunkt höher aus, so fällt der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Durchschnitt um 0,09 Prozentpunkte höher aus. Die Auswirkungen einer Änderung im Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf die Quote der Schulabgänger

ohne Hauptschulabschluss sind damit verglichen mit den Auswirkungen von Änderungen in der Arbeitslosenquote oder des Anteils der Förderschüler relativ gering.

#### 4. Anteil der ausländischen Schüler

Der Anteil der ausländischen Schüler wirkt sich in ähnlicher Weise wie der Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung gering auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in einem Kreis aus: Fällt der Anteil der ausländischen Schüler um einen Prozentpunkt höher aus, so erhöht sich der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Durchschnitt um 0,09 Prozentpunkte.

#### 5. Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

Ein höheres Bruttoinlandsprodukt geht mit einem signifikant niedrigeren Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss einher. Steigt das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner um 1000 Euro, so sinkt der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Durchschnitt um 0,04 Prozentpunkte. In den ostdeutschen Bundesländern ist dieser Zusammenhang signifikant stärker ausgeprägt als in den westdeutschen Bundesländern.

#### 6. Bundeslandzugehörigkeit

Neben den oben genannten sozioökonomischen Einflussfaktoren hat die Bundes-

landzugehörigkeit eines Kreises einen sehr großen statistisch gesicherten Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Um die Auswirkung der Bundeslandzugehörigkeit darzustellen, wird hier jedes Bundesland mit Schleswig-Holstein (frei gewähltes Referenzbundesland) verglichen.<sup>13</sup>

So weisen die Kreise in Mecklenburg-Vorpommern eine um 5,5 Prozentpunkte höher ausfallende Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf als Kreise in Schleswig-Holstein, die ansonsten gleichen sozioökonomischen Bedingungen ausgesetzt sind. Kreise in Brandenburg weisen eine um 4 Prozentpunkte, Sachsen-Anhalt um 2,2 Prozentpunkte und Sachsen um 1,9 Prozentpunkte höher ausfallende Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf als Kreise in Schleswig-Holstein mit ansonsten gleichen sozioökonomischen Bedingungen.

Geringere Quoten an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss als Kreise in Schleswig-Holstein mit ansonsten gleichen sozioökonomischen Bedingungen weisen Kreise in Nordrhein-Westfalen (2,8 Prozentpunkte), Baden-Württemberg (2,4 Prozentpunkte), Bayern (2 Prozentpunkte) und Niedersachsen (1,7 Prozentpunkte) auf. Kreise in Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen sowie Berlin haben statistisch die gleichen Quoten an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss wie Kreise in Schleswig-Holstein mit ansonsten gleichen sozioökonomischen Bedingungen (s. auch Tabelle zu den bundeslandspezifischen Unterschieden auf S. 14).

### Faktoren ohne Einfluss auf Hauptschulabgängerquote

Keinerlei statistisch gesicherten Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss haben die folgenden Faktoren.

#### 1. Siedlungsstruktur

Unterschiede in der Siedlungsstruktur spielen keine Rolle für den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.

### Bundeslandspezifische Unterschiede im Schulabgang ohne Hauptschulabschluss

Mecklenburg-Vorpommern	+ 5,5
Brandenburg	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	+ 2,2
Sachsen	+ 1,9
Hamburg	+/- 0
Bremen	+/- 0
Hessen	+/- 0
Rheinland-Pfalz	+/- 0
Schleswig Holstein	+/- 0
Thüringen	+/- 0
Saarland	+/- 0
Berlin	+/- 0
Niedersachsen	- 1,7
Bayern	- 2,0
Baden-Württemberg	- 2,4
Nordrhein-Westfalen	- 2,8

Höherer (+) bzw. niedrigerer (-) Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Prozentpunkten in einem Bundesland im Vergleich zu Schleswig-Holstein (Kreise mit denselben sozioökonomischen Voraussetzungen)

Scheinbare Stadt-Land-Unterschiede werden nach unseren Ergebnissen durch die unterschiedliche sozioökonomische Struktur in diesen Gebieten erklärt.

## 2. Anteil der Hauptschüler

Nach unseren Ergebnissen ist es nicht von Bedeutung für den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, wie hoch der Anteil der Schüler ist, die eine Hauptschule besuchen. Damit ist die Hypothese, dass allein ein hoher Anteil an Hauptschülern die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss erhöht, nicht bestätigt.

## 3. Verschuldung pro Kopf

Die Verschuldung eines Kreises hat keinen Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Die Hypothese, dass Kreise, die verschuldet sind, aufgrund möglicher geringerer Mittel für Bildungs- und Förderungsangebote für Kinder und Jugendliche schlechtere Ergebnisse aufweisen, muss also verworfen werden. Dabei ist nicht klar, ob die verschuldeten Kreise dennoch gute Angebote vorhalten, ob sie andere Mittel und Wege finden, Angebote vorzuhalten und zu finanzieren, oder ob einige Angebote selbst in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt sind.

## Fazit

Wie viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss von der Schule gehen, ist von vielen Faktoren abhängig. Die statistische Analyse identifiziert sowohl sozioökonomische Einflussfaktoren als auch einen großen Einfluss des Bundeslands, der durch die unterschiedlichen Schulsysteme generiert sein könnte. Als sozioökonomische Einflussfaktoren haben sich der Anteil der Förderschüler, die Arbeitslosenquote, der Anteil der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung, der Anteil der ausländischen Schüler und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf herausgestellt. Mit Ausnahme des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf wirken sich alle sozioökonomischen Faktoren negativ auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss aus. Wie hoch die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in einem Kreis tatsächlich ist, hängt von den Ausprägungen der einzelnen sozioökonomischen Faktoren und der Bundeslandzugehörigkeit ab.

Bundesländer, die signifikant höhere Quoten an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss aufweisen, tun gut daran, zu überprüfen, welche Ursachen dafür in ihrer Schulpolitik liegen könnten. Der Verweis auf eine schlechtere sozioökonomische Ausgangsstruktur und eine damit verbundene Entschuldigung ist nach dieser Analyse nicht mehr haltbar. Zwar erhöht eine insgesamt problematische sozioökonomische Ausgangsstruktur die Wahrscheinlichkeit einer hohen Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss deutlich. Aber ein hoher Teil der Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist nicht durch Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft oder sonstige der untersuchten Faktoren erklärbar und wird auf Bundeslandebene ausgelöst. Es liegt nahe, dass die Ursache in der Schulpolitik liegt.

Dasselbe gilt für einzelne der sozioökonomischen Faktoren auf Ortsebene. Der pauschale Verweis etwa auf einen hohen Ausländeranteil zur Erklärung eines hohen Anteils an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss ist nicht zu rechtfertigen.

Um einen hohen Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss zu erklären, muss vor Ort insgesamt eine problematische sozioökonomische Ausgangsstruktur vorherrschen.

## Genau analysieren und eine Strategie entwickeln

Die Politik ist aufgefordert, zweigleisig zu handeln: sowohl das jeweilige Schulsystem auf seine Auswirkungen auf die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu überprüfen als auch kommunale Strategien zu entwickeln, die die Auswirkungen schlechter sozioökonomischer Ausgangslagen dämpfen beziehungsweise das Erreichen eines Hauptschulabschlusses fördern.

Dass dieses auf kommunaler Ebene gelingen kann, sieht man daran, dass es eine Reihe von Städten und Kreisen gibt, die eine bessere Quote von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss aufweisen können als erwartet. Bezogen auf ihre sozioökonomische Ausgangssituation und ihre Bundeslandzugehörigkeit war nach unserer Analyse ein schlechteres Ergebnis zu erwarten.

Aus einigen dieser Städte und Kreise haben wir Caritasvertreter zu einem Fachtag eingeladen, um Erfolgsfaktoren auf kommunaler Ebene zu identifizieren, die dazu beitragen können, den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu senken. Die Ergebnisse werden im Artikel „Erfolgsfaktoren für gute Bildungschancen“ (S. 17 ff.) dargestellt.

### Anmerkungen

1. SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, KOMMISSION FÜR STATISTIK: Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008 (2), S. 47.

2. Nähme man stattdessen die gleichaltrige Wohnbevölkerung in der jeweiligen Kommune, so würde man vernachlässigen, dass die Schüler teilweise nicht vor Ort, sondern in angrenzenden Kreisen wohnen. Würde man die Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ins Verhältnis zu allen Abgängern und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen setzen,

so vergliche man die Schulabgänger eines Jahrgangs mit einer Gruppe von Schülern unterschiedlicher Jahrgänge. Denn der Bildungsweg in den allgemeinbildenden Schulen ist von unterschiedlicher Dauer. Hier besteht das Problem, dass zurückgehende Schülerzahlen innerhalb der einzelnen Jahrgänge, insbesondere in Ostdeutschland, die Ergebnisse verzerren.

3. Mögliche Klassenwiederholungen werden außer Acht gelassen.

4. Siehe zum Beispiel DITTON, Hartmut; MAAZ, Kai: Sozioökonomischer Status und soziale Ungleichheit. In REINDERS, H.; DITTON, H.; GRÄSEL, C.; GNIEWOSZ, C & B. (Hrsg.): Lehrbuch Empirische Bildungsforschung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaft, S. 193–208.

SOLGA, Heike; DOMBROWSKI, Regine: Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung – Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 171, März 2009.

5. GOLTZ, Marianne; CHRISTE, Gerhard; BOHLEN, Elise: Chancen für Jugendliche ohne Berufsausbildung: Problemanalyse – Beschäftigungsfelder – Förderstrategien. Freiburg: Lambertus, 2008.

6. AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland. 2010.

7. Siehe zum Beispiel Datenreport 2011: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

8. AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland. 2010.

9. Siehe dazu die Ergebnisse der PISA-Studien.

10. Für die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie für Bremen und Bremerhaven stehen die Informationen zur Verschuldung der Gemeinden aufgrund der fehlenden Trennung von kommunalem und Landeshaushalt nicht zur Verfügung.

11. Auf die entsprechenden Daten der Regionaldatenbank Deutschland kann unter [www.regionalstatistik.de](http://www.regionalstatistik.de) zugegriffen werden. Auf die Daten der Bundesagentur für Arbeit kann unter <http://statistik.arbeitsagentur.de> zugegriffen werden.

12. Dies gilt, wenn alle anderen statistisch gesicherten Einflussfaktoren unverändert bleiben. Darüber hinaus ist der angegebene Wert

ein Durchschnittswert über alle Kreise hinweg. Einzelne Kreise können Schwankungen in den Veränderungen aufweisen.

13. Dabei wird in der Darstellung der Bundeslandeffekt folgendermaßen herausgefiltert: Man vergleicht einen Kreis im jeweiligen Bundesland mit einem (fiktiven) Kreis in Schleswig-Holstein, der dieselbe sozioökonomische Struktur hat.

### Danke schön!

Der Deutsche Caritasverband bedankt sich beim Projektteam des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, namentlich Dr. Marcus Tamm, Daniel Kamhöfer und Claudia Lohkamp, für die Unterstützung bei der Studie.

## Schulsozialarbeit ist aus den Schulen nicht mehr wegzudenken

In den vergangenen Jahren wurde Schulsozialarbeit im Kontext von Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen neu diskutiert. Spätestens seit es möglich ist, im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets Schulsozialarbeit auszubauen, ist sie in den Schulen angekommen. Zunächst wurde Schulsozialarbeit vor allem in Schulen in sozialen Brennpunkten eingerichtet. Die damit verbundene Intention war, die in den Schulen auftretenden Probleme abzubauen sowie die schulischen Erfolge der in diesem Milieu aufwachsenden Kinder zu erhöhen und sie bei ihrer Lebensbewältigung zu unterstützen.

Mit der zunehmenden Zahl von Kindern, die in durch Armut geprägten Familien aufwachsen und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, nimmt Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle ein. Schulsozialarbeit ist ein Angebot der Jugendhilfe und agiert an der Schnittstelle Schule und Jugendhilfe. Ihr rechtlicher Hintergrund sind nicht die Schulgesetze, sondern das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Oft sind es die „jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind“ (SGB VIII § 13). Während die Schule vor allem darauf abzielt, die für alle Schüler(innen) gleichlautenden Bildungsziele zu erreichen, geht die Schulsozialarbeit vom einzelnen Kind und Jugendlichen aus, von seinen Interessen, Stärken und Entwicklungsbedarfen.

Stärke der Schulsozialarbeit ist es, dass sie direkt in der Schule verankert und somit leicht zu erreichen ist. Die Hürde, nach Hilfe zu suchen, ist nicht so hoch, wie wenn die Betroffenen zu einer Beratungsstelle gehen müssen. Schulsozialarbeiter(innen) machen in vielen Fragen Lebensbegleitung. Sie sind direkte Ansprechpartner(innen), leisten aber auch Intervention und Unterstützung bei Konflikten. Sie greifen die Lebensfragen und Probleme der jungen Menschen auf und erarbeiten zusammen mit ihnen eine Lösung. Schulsozialarbeiter(innen) verfolgen jedoch auch das Ziel, die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein der jungen Menschen zu stärken. Sie bieten ihnen die Möglichkeit, sich an anderen Orten zu beweisen und Anerkennung zu erfahren: beim Theaterspiel, beim freiwilligen Engagement, beim Klettern oder in einem anderen sportlichen beziehungsweise kreativen Bereich, in dem die jeweiligen Stärken der Einzelnen liegen.

Gleichzeitig hat Schulsozialarbeit auch das Gesamtgeschehen im Blick und wirkt auf das soziale Miteinander in der Schule ein, sei es in der Klasse, in einzelnen Gruppierungen oder in der Schulgemeinschaft. Schule ist ein bedeutender Lebensraum von Kindern und Jugendlichen und muss entsprechend gestaltet werden. Ziel ist es, im Interesse der Kinder und Jugendlichen die Ausgangsbedingungen zu verbessern und die Strukturen entsprechend zu verändern. Hierzu gehören sowohl die Ausge-

staltung des Gebäudes als auch Angebote im Freizeitbereich oder die Zusammenarbeit mit Eltern.

Ein wichtiges Merkmal der Schulsozialarbeit ist ihre Verankerung im Sozialraum und ihre Vernetzung mit wichtigen Akteuren. Vor allem für Kinder und Jugendliche aus sozial ausgegrenzten Familien ist es oft bedeutsam, Zugänge zum Entdecken der Welt oder aber auch zu Freizeit- und außerschulischen Bildungsangeboten zu eröffnen und dadurch die Bildungs- und Teilhabechancen für sie zu erhöhen. Das gesamte Gemeinwesen wird mit einbezogen, wenn es um Angebote der ehrenamtlichen Lernunterstützung, (Aus-)Bildungspatenschaften oder die Vermittlung von Praktikumsplätzen zur Erprobung beruflicher Perspektiven geht. Auch Lernerfahrungen und Selbstbestätigung durch ehrenamtliches Engagement der Schüler(innen) kann nur mit Unterstützung des Gemeinwesens ermöglicht werden.

Die Vermittlung von Angeboten der Jugendhilfe wird gewährleistet durch enge Kooperationen mit anderen Trägern, deren Angebote im Übergang von der Schule in den Beruf angesiedelt sind, aber auch mit den Akteuren der Jugendhilfe selbst und weiteren Akteuren im Sozialraum. Bei Bedarf können Schulsozialarbeiter(innen) schnell und gezielt an andere Angebote der Jugendhilfe weitervermitteln und für Kinder und Jugendliche Zugänge zu Hilfsangeboten eröffnen. Dadurch trägt Schulsozialarbeit dazu bei, dass die Leistungen der Jugendhilfe frühzeitig in Anspruch genommen werden.

Schulsozialarbeit wirkt sich nicht nur positiv auf die Schüler(innen) aus, sondern auch auf die Kommune selbst, wie das Beispiel aus Karlsruhe zeigt.<sup>1</sup> Dort wurde vom Sozialen Dienst Karlsruhe an zwei Schulen mit besonderen sozialstrukturellen Belastungen die Effizienz der Schulsozialarbeit untersucht. Die Erhebung hat gezeigt, dass die sehr kostenintensiven Hilfen zur Erziehung im Einzugsbereich dieser beiden Schulen zurückgegangen sind.

### Anmerkung

1. Vgl. [www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/sodi/schulsozialarbeit/konzept](http://www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/sodi/schulsozialarbeit/konzept), PDF zum Download: „Evaluation von Schulsozialarbeit“.



**Regine Rosner**

IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit, Freiburg  
E-Mail: [regine.rosner@caritas.de](mailto:regine.rosner@caritas.de)

# Es lohnt sich zu investieren!

*Wenn der politische Wille vorhanden ist und ein vielfältiger Hilfe-Mix vorgehalten wird, verbessern sich die Abschlussquoten der Hauptschulabgänger auch unter widrigen Voraussetzungen. Einzelne Beispiele aus einer Befragung vor Ort beweisen es.*



Bild: CV Heilbronn

**Beispiel Heilbronn: Die Schulkinder-Betreuung wurde stark ausgebaut.**

FÜR EINE BEFRAGUNG wurden Kreise und kreisfreie Städte identifiziert, deren Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss niedriger war, als aufgrund der sozioökonomischen Struktur und der Bundeslandzugehörigkeit zu erwarten gewesen wäre. Aus diesen Kreisen und kreisfreien Städten wurden Vertreter der örtlichen Caritasverbände zu einem Fachtag eingeladen. 15 Personen aus 14 Städten und Kreisen kamen. Ziel des Fachtags war es, lokale Erfolgsfaktoren zu identifizieren, die die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss senken können.

Dazu haben die Vertreter der örtlichen Caritasverbände Informationen über die Bildungsangebote und Unterstützungsstrukturen in ihrem jeweiligen Kreis beziehungsweise ihrer kreisfreien Stadt gesammelt. In einem Vorgespräch wurden gemeinsam mit Expertinnen der Schul- und Jugendsozialarbeit sowie für den Übergang Schule/Beruf Thesen und Themenfelder identifiziert, die für das Erreichen eines Hauptschulabschlusses wichtig sein könnten. Im Ergebnis wurden die Teilnehmer(innen) des Fachtags gebeten, bei ihrer Informationssuche folgende Berei-

che und Handlungsfelder mit einzubeziehen:

- Der politische Wille zur Reduzierung der Anzahl von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss beziehungsweise zur Förderung bestimmter relevanter Bereiche wie zum Beispiel Bildung, Prävention oder Förderung benachteiligter Jugendlicher,
- einschlägige Kooperationsstrukturen,
- Aktivitäten im Bereich Schule/Lernen, Familien- und Elternarbeit, persönliche Begleitung, Sozialraumorientierung und Finanzierung.

Die jeweiligen Strukturen vor Ort wurden auf dem Fachtag von den Teilnehmern vorgestellt und protokolliert. Hier werden nun auf Basis der Protokolle die Strukturen vorgestellt. Im Folgenden werden die Erfolgsfaktoren vorgestellt, die von allen oder den meisten der Teilnehmer aus ihren jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten berichtet wurden. Die gesammelten Erfolgsfaktoren wirken in Städten und Kreisen, deren Anzahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss geringer war, als es statistisch zu erwarten gewesen wäre. Eine Generalisierung verbietet sich. Allerdings kann man sagen, dass die erhobenen Erfolgsfaktoren in diesen Städten wirken und so als Vorbild für andere genutzt werden können.

## ■ Politischer Wille

Von einem klaren politischen Willen wurde aus fast allen Kreisen und kreisfreien Städten berichtet. Teilweise hat sich die Stadt direkt zum Ziel gesetzt, die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss vor Ort zu senken oder die Chancengerechtigkeit in der Bildung zu stärken. Wo dies nicht direkt der Fall war, betraf es

andere Erfolgsfaktoren wie zum Beispiel das klare Bekenntnis zu sozialräumlicher Arbeit und Vernetzung, die Stärkung der Jugendsozialarbeit oder die Förderung von Prävention. In einigen Fällen ging die politische Willensbildung auch von einzelnen handlungskräftigen Personen in Schulen oder dem Schulamt aus.

#### ■ Kooperation

Der formulierte politische Wille spiegelt sich in zahlreichen Kooperationen vor Ort wider. Häufig existieren Kooperationsmechanismen, die in der Regel im Schulamt, Jugendamt oder Rathaus angesiedelt sind und die den regelmäßigen Austausch und die Netzwerkbildung der unterschiedlichen Akteure ermöglichen. Die Teilnehmer an der Kooperation sind von Ort zu Ort unterschiedlich. Meist sind es Vertreter von Schulen, Schulamt, Jugendamt, Jobcenter, Betriebe oder deren Vertretungen, die freie Wohlfahrtspflege, Verbände oder Vereine. In einigen Städten wird die Zusammenarbeit durch eine Koordinierungsstelle unterstützt. Kooperationen existieren in den meisten Städten und Kreisen auch auf sozialräumlicher Ebene. Dort gibt

es Netzwerke der Fachkräfte mit unterschiedlichen Beteiligten. In einer Stadt wird auch von durchlässigen Strukturen zwischen diesen Ebenen gesprochen (vertikaler Austausch), in einer anderen von der Übersichtlichkeit der sozialen Akteure („man kennt sich“) beziehungsweise gewachsenen Vertrauensstrukturen.

Hervorzuheben ist, dass in vielen Städten und Kreisen eine gute Kooperation mit den örtlichen Unternehmen, Stiftungen der Unternehmen oder der IHK besteht. Dies kann wichtig sein, um Perspektiven aufzuzeigen, Praktika zu vermitteln, Motivation zu wecken und zielgerichtetes Lernen anzuregen.

#### ■ Sozialraumorientierung

Aus den meisten Städten und Kreisen wurde von einer sozialräumlichen Ausrichtung der Arbeit berichtet. Auf Ebene des Sozialraums finden Treffen der Kooperationspartner statt (siehe oben) oder Angebote der sozialen Arbeit werden gebündelt angeboten (beispielsweise durch Familienhilfzentren, Jugendzentren etc.). Kritisch angemerkt wurde, dass das Konzept der Sozialraumorientierung mit den handelnden Personen steht und fällt: Es muss mit

### Aus der Praxis: Schwerin

Die Stadt Schwerin hat den klaren politischen Willen, Schulsozialarbeit zu stärken. Um dem Schulabbruch gezielt entgegenzuwirken, wurde ein Projekt gegen Schulverweigerung ins Leben gerufen. Kooperationen bestehen zwischen Schule, Schulamt, Jugendamt und Caritas. In den Stadtteilen sind Schulen mit Trägern und Einrichtungen eng vernetzt. Im Projekt „Schulwerkstatt“ werden Schulverweigerer der Klassen 5 bis 7 seit dem Jahr 2002 in Kleingruppen beschult, damit sie wieder an den Schulalltag herangeführt werden und Schulrückstände aufholen können. Ziel ist die Reintegration der Schüler in die Regelschule. Weitere Projekte um den

Leben gefüllt werden, um zu funktionieren. Sozialraumbudgets sind teilweise vorhanden.

#### ■ Begleitung der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien

Einen breiten Raum nahm die Darstellung von Angeboten zur Begleitung der Kinder und Jugendlichen sowie ihres Umfelds ein. Diese Begleitung findet sowohl in der

### So geht es in Heilbronn

In Heilbronn besteht seit dem Jahr 2000 ein Plan zum Umbau der Jugendhilfe. Außerdem ist Heilbronn in die Kommunale Bildungsplanung eingestiegen. Grundsätze des Umbaus der Jugendhilfe waren:

- ambulant vor stationär;
- Gemeinwesen- und Ressourcenorientierung vor Defizitorientierung;
- Erhalt des Lebensumfeldes von Kindern vor Herausnahme;
- Regelangebot vor Sondereinrichtung;
- Prävention vor Intervention.

In der kommunalen Bildungsplanung wurde das Ziel gesetzt, mehr Chancengleichheit zu erreichen. Die Bildung von Netzwerken und der sozialräumliche Ansatz spielen eine große Rolle. Jugend-

hilfe- und Schulentwicklungsplanung wurden zusammengeführt. Politisches Ziel ist es auch, die Zahl der Überleitung in die Förderschulen zu verkleinern. Die Prävention fängt schon in Kindertageseinrichtungen an. Dort wird sowohl Sprachförderung als auch heilpädagogische Förderung angeboten. Der Übergang vom Kindergarten in die Schule wird ebenso begleitet wie die weiteren Übergänge in der Schule und in den Beruf. Die Schulen werden zu offenen Ganztagschulen umgebaut und die Schulkinderbetreuungsplätze wurden stark ausgebaut. Insgesamt werden sechs halbe Stellen für psychologische Beratung direkt an den Schulen finanziert. Flankiert werden diese Angebote auch durch sozi-

alräumliche Angebote für Elternberatung, die die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken sollen. Außerdem gibt es eine sehr gute Kooperation mit den örtlichen Unternehmen und spezielle Fördermaßnahmen, die über die ortsansässige Schwarz-Stiftung finanziert werden.

#### Kontakt:

Birgitt Lugert, Dipl. Sozialarb./Sozialpäd.(FH)  
Leitung Caritas Ambulante Hilfen und Schulsozialarbeit, Caritas Heilbronn-Hohenlohe  
Caritas-Zentrum Heilbronn  
Bahnhofstraße 13, 74072 Heilbronn  
E-Mail: lugert@caritas-heilbronn-hohenlohe.de

Hauptschulabschluss zu erreichen sind die „2. Chance“ und das Projekt „Produktives Lernen“, ein Angebot an Schüler aller Schulformen (drei Tage Praxis, zwei Tage Unterricht).

#### **Ansprechpartnerinnen:**

Sabrina Günther und  
Anja Geschwendtas  
Caritas Mecklenburg e. V.  
Kreisverband Westmecklenburg  
Schulwerkstatt Ludwigslust und Schulwerkstatt fit for life  
E-Mail:  
schulwerkstatt-lwl@caritas-mecklenburg.de

Schule als auch außerhalb der Schule und in unterschiedlichen Settings statt. Die einzelnen Bestandteile werden im Folgenden vorgestellt.

#### **■ Schule, Lernen und persönliche Begleitung**

##### **Schulsozialarbeit**

In praktisch allen Kreisen und Städten gab es Schulsozialarbeit schon vor der Einfüh-

rung des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets und der damit einhergehenden Förderung von Schulsozialarbeit. Diese wurde meistens in allen Hauptschulen angeboten, seit dem Bildungs- und Teilhabepaket zumeist aber auch an allen Grundschulen. Der Umfang der Schulsozialarbeit variierte zwischen 0,5 und 1,5 Stellen. Eine Stadt hält in sechs Brennpunktschulen je eine halbe Stelle zur psychologischen Beratung vor.

##### **Lernförderung**

Viele Caritasverbände in Städten und Kreisen berichteten von Angeboten der frühkindlichen Förderung. Diese waren größtenteils an den Kindertagesstätten angesiedelt und umfassten zum Beispiel Angebote der Sprachförderung. Auch von heilpädagogischer Förderung und Programmen, die den Übergang in die Schule unterstützen sollen, wurde berichtet. In einer Stadt ist der Besuch eines Kindergartens kostenlos, was zu mehr Anmeldungen geführt hat. In einer anderen Stadt gibt es Projekte, die helfen sollen, dass mehr Kinder mit Migrationshintergrund eine Kindertageseinrichtung besuchen.

In der Schule findet Lernförderung häufig statt, wenn es eine (offene) Ganztagschule gibt. Dies war in vielen der Kreise und kreisfreien Städte der Fall. Aus einer Stadt wird von kleineren Klassenstärken an Hauptschulen berichtet. In vielen Städten und Kreisen wird Nachhilfeunterricht organisiert, häufig unter Einbeziehung von Ehrenamtlichen. Daneben wurden auch mehrere Projekte der Sprachförderung beziehungsweise der Lernförderung von Schulkindern mit Migrationshintergrund vorgestellt: Zum Beispiel bieten Studenten muttersprachliche Lernförderung an. In einer Stadt gibt es muttersprachlichen Ergänzungsunterricht an Grundschulen und es werden Feriensprachkurse für Kinder angeboten.

##### **Intensive Betreuung „gefährdeter“**

###### **Schüler**

In vielen Kreisen und Städten gibt es Programme zur intensiven Betreuung von Schülern, die Gefahr laufen, die Schule ohne Hauptschulabschluss zu verlassen. Dies sind oft Programme für Schulverweigerer und schulumüde Kinder und Jugendliche. Diese Kinder und Jugendlichen wer-

## **Das Beispiel Solingen**

Solingen ist bekannt als Klingenstadt und durch das Handwerk geprägt. Die Stadt hat sich selbst verschiedene politische Leitlinien gesetzt: Sie arbeitet sozialräumlich, präventiv und fördert die Vernetzung der Akteure insbesondere im Bereich Jugendhilfe. Ein weiterer politischer Schwerpunkt liegt auf der Migrationsarbeit. Die Kooperationen der verschiedenen Akteure sind gebündelt im Jugendhilfeausschuss, der anlassbezogen zusammen mit dem Schulausschuss tagt. Daneben gibt es die AG 78 mit drei verschiedenen Planungsgruppen und Aufträgen. Die Stadt ist in vier Sozialräume aufgeteilt. Pro Sozialraum gibt es ein Familienhilfezentrum (FHZ) in der Verantwortung eines freien Trägers (AWO, Cari-

tas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband). Die einzelnen Akteure im Sozialraum treffen sich regelmäßig in der Stadtteilkonferenz. Die Kooperationsstrukturen sind sehr durchlässig. So kommt eine gemeinsame Steuerung durch die Kommune, freie Träger, Schulen, Kitas und andere zustande.

Die Präventionsarbeit (FHZ plus Angebote) schlägt sich in Angeboten zur Bindungsförderung, Sozialkompetenz und Gewaltprävention, Elternarbeit, Sprachförderung und mehr nieder. Die Elternarbeit fängt sehr früh schon mit Säuglingsarbeit an (Frühe Hilfen) und geht in den Kitas und Schulen weiter. Die einzelnen Träger der Familienhilfezentren haben viele Angebote entwickelt, die umgesetzt

und an die Familienhilfezentren angegliedert wurden. Die Migrationsarbeit ist politisch sehr hoch angesiedelt und wirkt zum Beispiel über Sprachförderung und den Jugendstadtrat. Es gibt in Solingen auch an allen Haupt- und Förderschulen Schulsozialarbeit, seit dem Bildungs- und Teilhabepaket auch in Grundschulen.

#### **Ansprechpartnerin:**

Caritasverband Wuppertal/Solingen e. V.  
Silvia Hamacher, Leiterin des Referats Soziale Dienste I  
Kolpingstraße 13, 42103 Wuppertal  
E-Mail: silvia.hamacher@caritas-wsg.de

den intensiv persönlich betreut und mittels verschiedener Instrumente wieder an den Besuch des Unterrichts herangeführt. Instrumente können sein: Stabilisierung des (familiären) Umfelds, engmaschige Begleitung und aufsuchende Arbeit. Zum Teil gibt es Lernangebote außerhalb der Schule. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Schulverweigerung sind häufig durch das Programm „Schulverweigerung – die zweite Chance“ finanziert. Einige Programme setzen auch im Bereich des Übergangs von Schule zu Beruf an.

#### ■ Berufsorientierung

Eine weitere wichtige Rolle spielt dabei die Berufsorientierung und die Begleitung der Jugendlichen. Hier gibt es verschiedene Instrumente, die jeweils auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. So gibt es

Programme, bei denen eine haupt- oder ehrenamtliche Person Ansprechpartner und Hilfe für die Jugendlichen ist und sie näher an den Beruf heranführt beziehungsweise in ihrer Berufswahl unterstützt. In einigen Städten und Kreisen existieren Berufsorientierungskonzepte, die auch Praktika und Kooperationen von gewerblichen Anbietern mit Schulen beinhalten. Dadurch können die Schüler Berufe kennenlernen und ihre Interessen entdecken.

Außerdem gibt es in einigen Städten und Kreisen eine Berufseinstiegsbegleitung. Dies ist ein Programm der Bundesagentur für Arbeit, durch das leistungsschwächere Schüler beim Erreichen eines Abschlusses unterstützt und schon in der Schule auf den Übergang in den Beruf vorbereitet werden. Teil des Programmes ist

auch die Unterstützung bei der Berufswahl und in der Bewerbungsphase. Teilweise werden Praxisklassen angeboten (Oberbegriff – die einzelnen Maßnahmen sind unterschiedlich benannt), die dem Schüler schon während der Schulzeit durch (lange) Praktika Einblicke in die Arbeitswelt gewähren. Diese sollen dem Schüler zum einen – falls er die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen muss – zumindest durch den Nachweis getaner praktischer Arbeit eine gewisse Qualifikation für den Arbeitsmarkt mitgeben. Zum anderen erhöhen die Programme teilweise die Motivation, doch noch einen Hauptschulabschluss zu erlangen. Allerdings ist das Erreichen eines Hauptschulabschlusses innerhalb dieser Programme in vielen Fällen nicht mehr das angestrebte Ziel.

#### ■ Familien- und Elternarbeit

Viele der Befragten gaben an, dass ihre Städte und Kreise Eltern- und Familienarbeit anbieten. Elternarbeit fängt in vielen der befragten Städte und Kreise sehr früh an. Einige berichten von Familienhebammen, die sich um junge Familien kümmern. Danach greift Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen, Familienzentren und an den Schulen. Häufig wird berichtet, dass die Schulen versuchen, die Eltern mit einzubeziehen, die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zu stärken und die Eltern in ihrer Rolle als Unterstützer der Bildung ihrer Kinder zu fördern. Aus zwei Städten wird auch von Bildungsangeboten für Eltern selbst berichtet.

#### Strategie ähnlich den USA

Die auf dem Fachtag gefundenen Erfolgsfaktoren ähneln den Strategien, die in den USA vom „National Dropout Prevention Center/Network“ allen Schulen empfohlen werden:

- 1) Einbindung der Schulen in die Gemeinden mit einer Zusammenarbeit zwischen Schule, Gemeinde und weiteren Institutionen (auch Polizei);
- 2) frühe Interventionen mit Engagementförderung in den Familien, frühen Bildungsangeboten für Kinder unter fünf

### Erfolgreiche Wege in Forchheim

Forchheim ist der Landkreis mit dem bundesweit niedrigsten Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss. Er beträgt 2,4 Prozent. Der dortige Schulamtsdirektor hat den Verein „ForSprung“ gegründet, in dem kommunale und kirchliche Kräfte sowie Schule, Politik, Verbände und Eltern sich zusammenfinden, um neue Ideen und Strukturen zu entwickeln und Netzwerke zu bilden. Der Verein existiert seit zehn Jahren, übernimmt auch die Sponsorsuche und hat die Kommune als finanziellen Partner. Politischer Wille ist es, das Schulsterben auf dem Land zu verhindern. Dazu gehört auch, die Schule attraktiv zu machen, so dass junge Familien bleiben. Neben dem Verein finden regelmäßige Treffen der Schulleiter und ihrer Stellvertreter zum Austausch statt. Von Vorteil sind die kurzen Wege bei Problemfällen und die Möglichkeit eines unbürokratischen Vorgehens bei eventuellem Schulwechsel von verhaltensauffälligen Schülern.

Die These ist, dass im traditionell geprägten Forchheim Personen eigenverantwortlich bildungspolitische Ideen

umsetzen und in den einzelnen Gemeinden eine hohe Identifikation mit ihren Schulen besteht. Auf die Schüler wird persönlich zugegangen, die Eltern werden mit einbezogen und von den Schulen als Partner betrachtet. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden von einer Lehrkraft speziell gefördert. Es soll Wertschätzung vermittelt werden. Schüler engagieren sich für Schüler und erlangen so soziale Kompetenzen. Auch Schulsozialarbeit existiert.

Die Caritas ist Kooperationspartner vor Ort: Sie stellt soziale Berater und organisiert beispielsweise ein günstiges Frühstück (der Unterricht beginnt mit einem gemeinsamen Frühstück). Ehrenamtliche bieten Nachhilfe an und es gibt ein Schulmateriallager für finanziell schlechtgestellte Familien.

#### Ansprechpartner:

Alfons Galster  
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender  
im Caritasverband für den Landkreis Forchheim  
E-Mail: info@caritas-forchheim.de

Jahren und einer konsequenten Lernförderung in der Schule;

- 3) Strategien im Umgang mit gefährdeten Schülern: schulische Mentoren, Mitschüler als Tutoren und kommunale Lernhelfer sowie zusätzliche Betreuungsangebote wie alternative Schulformen und Bildungsgänge, außerschulische Lernangebote in verschiedenen Interessenfeldern;
- 4) verbesserte Lehr-Lern-Strategien: Weiterbildung von Lehrern, aktivierende Lernformen, technische Lernunterstützung, individualisierte Lernangebote und eine individualisierte Unterstützung im Übergang Schule/Beruf.<sup>1</sup>

In den USA wird seit längerem zum Thema Schul-Dropout geforscht und Präventionsmaßnahmen werden empirisch auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Um eine Gegenprüfung vorzunehmen, wurden telefonisch Vertreter von Orts-Caritasverbänden befragt, deren Quote von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss höher als statistisch erwartet ausgefallen ist. Während in einigen Städten und Kreisen keine Projekte bekannt waren, haben viele Städte und Kreise ebenfalls Projekte, die sich den oben vorgestellten Erfolgsfaktoren zuordnen lassen. Allerdings fällt auf, dass in diesen Städten und Kreisen die Maßnahmen häufig nur einzelnen Erfolgsfaktoren zuordenbar waren oder nicht Teil eines Gesamtmaßnahmenpakets zu sein schienen.

## Fazit

Die Umfrage bei den Caritasverbänden in Städten und Kreisen in Deutschland, die weniger Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss als erwartet aufweisen, hat ergeben: Die meisten Städte und Kreise setzen sich aktiv mit dem Thema Bildung und/oder Jugendhilfe auseinander und investieren in Lösungsansätze. Rund um dieses Themenspektrum ist in den meisten Städten und Kreisen ein breites Angebot an Beratungsstellen und auch an Maßnahmen für die einzelnen Jugendlichen angesiedelt. Diese Maßnahmen sind meistens durch Netzwerkstrukturen verknüpft, die sowohl

auf Leitungsebene als auch in den einzelnen Sozialräumen vorhanden sind.

Schulsozialarbeit ist in den meisten Kreisen und Städten in der Hauptschule Standard und auch in der Grundschule oft vorhanden. Beratungsangebote für die Schüler und ihre Eltern sind vielfältig und auch unterschiedlich aufgesetzt.

Große Bedeutung kommt der präventiven Arbeit zu, die schon früh im Leben eines Kindes einsetzt. Für Schüler, die besonders bedroht sind, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, existieren häufig spezielle Programme, die entweder auf Wiedereingliederung in den normalen Schulbetrieb abzielen oder auf die Vermittlung von praktischen Arbeitskenntnissen, die dann den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Insgesamt scheint es von Vorteil zu sein, wenn Kooperationen mit ortsansässigen Betrieben und Unternehmen bestehen. So können Schüler früh verschiedene Arbeitsalltage kennenlernen und ihre eigenen Stärken, Schwächen und Vorlieben besser einschätzen.

Die Vielfalt an Programmen und Vorgehensweisen in den einzelnen Städten und Kreisen legt nahe, dass es nicht ein einzelnes Programm gibt, das als Allheilmittel eingesetzt werden kann. Vielmehr scheint ein verzahntes Ineinandergreifen verschiedener Maßnahmen zum Erfolg zu führen. Vieles spricht dafür, dass dies gut gelingt, wenn die Maßnahmen schon früh im Leben eines Kindes ansetzen und gemeinwesenorientiert sind. Und ein Faktor scheint besonders erfolversprechend: der politische Wille. Die verantwortlichen Akteure vor Ort, in der Politik, den Verbänden und Initiativen engagieren sich gemeinsam für benachteiligte Jugendliche. Dass es sich lohnt, zeigt das gute Ergebnis der dargestellten Städte und Kreise.

## Anmerkung

1. Zitiert aus HILLENBRAND, Clemens; RICKING, Heinrich: Schulabbruch : Ursachen – Entwicklung – Prävention. In: Zeitschrift für Pädagogik Heft 2/2011.

## Kaiserslauterer Praxis

Kaiserslautern hat relativ viele kleine Schulen und es gibt zahlreiche Kooperationen im Bildungsbereich. Die Kooperationen werden in einem stabilen Netzwerk verschiedener Träger angeboten: Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger wie zum Beispiel die Volkshochschule, das Jugendamt und die Schulen. Es gibt viele Ganztagschulen und eine gut ausgebaute Schulsozialarbeit. An den entscheidenden Stellen in den Netzwerken sitzen langjährige Mitarbeiter und die Zusammenarbeit ist von Vertrauen geprägt.

Beispiele für im Bildungsbereich angesiedelte Projekte sind die Lernpaten („Keiner darf verloren gehen“), bei denen Grundschüler individuelle Förderung durch Ehrenamtliche erhalten. Dieses Angebot findet in Kooperation zwischen Kinderschutzbund und den interessierten Grundschulen statt. Das Arbeits- und sozialpädagogische Zentrum (ASZ) hält ein Projekt für Jugendliche bereit, die im ersten Durchgang den Schulabschluss nicht geschafft haben: „Arbeit-Schule-Zukunft“. Viel Wert wird auf Sprachförderung gelegt: So gibt es kostenfreie Feriensprachkurse bei der VHS für Kinder mit Migrationshintergrund, deren Besuch anlassbezogen von der Grundschule angeregt wird, und einen muttersprachlichen Ergänzungsunterricht in verschiedenen Grundschulen.

### Ansprechpartnerin:

Beate Schmitt  
 Projekte Schwangerschaftsberatung/Fachdienst Migration  
 Caritas-Zentrum Kaiserslautern  
 Engelsgasse 1  
 67657 Kaiserslautern  
 E-Mail:  
 beate.schmitt@caritas-speyer.de

# Die Stellschrauben lassen sich durchaus verändern

*Länder, Kreise und Kommunen sind gefragt, wenn es darum geht, günstigere gesellschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen und somit möglichst allen Schülern zu einem Hauptschulabschluss zu verhelfen.*

Bild: Albert-Josef Schmidt



**Ein Ziel festlegen, genau hinschauen, Schritte richtig bemessen und prüfen: So lässt sich die komplexe Anforderung bewältigen.**

Thomas Becker, Georg Cremer,  
Verena Liessem, Clarita Schwengers

DER BERICHT ZU den Bildungschancen vor Ort nimmt die Situation von benachteiligten Jugendlichen und hier speziell derjenigen Jugendlichen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, in den Blick. Es wurde untersucht, welche Faktoren in Städten und Kreisen in Deutschland mit der Quote der Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluss erreichen, zusammenhängen. Denn wo diese Quote hoch ist, haben Jugendliche weniger Chancen als in Städten und Kreisen, in denen nur wenige Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss verlas-

sen. Es konnte wissenschaftlich erwiesen werden, dass folgende Faktoren mit einer hohen Quote von Abgängern ohne Abschluss zusammenhängen: eine hohe Anzahl von Förderschülern vor Ort, eine hohe Arbeitslosenquote, anteilmäßig viele Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung, ein hoher Anteil von ausländischen Schülern und ein geringes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der jeweiligen Bevölkerung. Außerdem hat das Bundesland, in dem eine Stadt oder ein Kreis liegt, großen Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulab-

schluss. Keinen Einfluss zeigen die Verschuldungssituation des Kreises oder der kreisfreien Stadt und das Stadt-Land-Gefälle. Auch der Anteil der Hauptschüler hat keinen Einfluss.

In einem zweiten Schritt wurde gefragt, wie es Kommunen gelingen kann, Jugendlichen den Schritt in die Zukunft durch einen Hauptschulabschluss zu erleichtern. Im Rahmen eines Fachtags wurden Fachleute der Caritas in Städten und Kreisen, die eine bessere Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss aufweisen konnten, als nach der statistischen Analyse zu erwarten wäre, nach den Bemühungen vor Ort befragt, die einen Einfluss auf das positive Ergebnis haben könnten. Im Folgenden werden Schlussfolgerungen des Deutschen Caritasverbandes aus den beiden Untersuchungen gezogen.

*„Es gibt keine Entschuldigung, nichts für bildungsbenachteiligte Jugendliche zu tun“*

## Schlussfolgerungen aus der empirischen Studie

### ■ Schulsysteme überprüfen – die Länder sind gefordert

Die Studie zeigt: Die Bundesländer haben unterschiedlichen Erfolg bei der Aufgabe, Jugendliche zu einem Hauptschulab-

schluss zu führen. Bundesländer, die signifikant höhere Quoten an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss aufweisen, tun gut daran, zu überprüfen, welche Ursachen dafür in ihrer Schulpolitik liegen können. Hier sollte die Ideologiedebatte um die Zukunft der Hauptschule nicht im Mittelpunkt stehen. Denn in der Studie konnte kein Einfluss des Anteils der Hauptschüler auf die Quote der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss gefunden werden.

#### ■ Kreise und Städte müssen die sozioökonomischen Strukturen verbessern

Aus der Studie lässt sich auch ableiten, dass die Kreise und Städte sich ihrer eigenen Verantwortung für die Höhe der Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss stellen müssen. Bereits die unterschiedlichen Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Städten und Kreisen desselben Bundeslandes zeigen, dass nicht nur das Schulsystem über die Höhe dieser Quote entscheidet. Ein gutes Schulsystem alleine reicht eben nicht aus. Von Einfluss ist zudem auch die sozioökonomische Situation in den Kreisen und Städten: Eine insgesamt problematische sozioökonomische Ausgangsstruktur erhöht die Wahrscheinlichkeit einer hohen Quote an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss deutlich. Das bedeutet aber zugleich: Eine Verbesserung der örtlichen sozioökonomischen Situation kann die Basis für mehr erfolgreiche Schulabsolventen bilden.

#### ■ Die Ursachen: Viele Faktoren wirken zusammen

Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich ableiten, dass auf der örtlichen Ebene ein ganzes Bündel von sozioökonomischen Faktoren die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss beeinflusst. In der Untersuchung wird nachgewiesen, dass folgende sozioökonomischen Faktoren vor Ort die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass weniger Schüler ihren Hauptschulabschluss erreichen: Ein hoher Anteil an Förderschülern, eine hohe Arbeitslosenquote, ein niedriges BIP, viele Beschäf-

tigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung und auch ein hoher Anteil von ausländischen Schülern sind in ihrer Gesamtheit von relevantem Einfluss. Orte, die diese Faktoren aufweisen, haben schlechtere Ausgangsvoraussetzungen als andere für eine niedrige Quote von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss.

Das bedeutet zum einen: Es kann nicht eine örtliche Besonderheit alleine für den hohen Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss verantwortlich gemacht werden. So ist etwa der pauschale Verweis auf einen hohen Ausländeranteil alleine zur Erklärung nicht zulässig. Zum anderen heißt das aber auch: Es gibt nicht nur eine, sondern viele Stellschrauben, an denen die Kommunen drehen können, um durch eine bessere sozioökonomische Struktur auch mehr erfolgreiche Hauptschulabsolventen zu erreichen.

#### ■ Die Arbeitslosigkeit zu senken ist erfolgversprechend

Die Studie weist nach, dass gerade in Städten und Kreisen, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist, viele Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Dass dieser Zusammenhang tatsächlich besteht, ist nicht nur eine Vermutung, sondern lässt sich statistisch belegen: Je höher die örtliche Arbeitslosenquote, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Schüler ihren Hauptschulabschluss nicht schaffen. Die Effektivität örtlicher Arbeitsmarktprogramme ist daher nicht nur für die Arbeitslosen von Bedeutung, sondern hat zumindest langfristig auch einen nicht unerheblichen Einfluss darauf, wie viele Jugendliche vor Ort ihren Hauptschulabschluss schaffen.

#### ■ Mehr Berufsabschlüsse bewirken auch mehr Hauptschulabschlüsse

Nach den Ergebnissen der Studie ist Fakt: Wo viele Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung arbeiten, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss bleiben. Deswegen tragen Maßnahmen, die gute Bedingungen zum Erreichen eines Berufs-

abschlusses schaffen, zumindest langfristig auch dazu bei, dass weniger Jugendliche ohne Hauptschulabschluss abgehen.

#### ■ Ausländische Jugendliche zu fördern hilft

In der Studie wird nachgewiesen, dass auch der Anteil von ausländischen Schülern in einer Kommune Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss hat. Ein Ansatzpunkt für kommunales Handeln ist, ausländische Schüler in und außerhalb der Schule so zu unterstützen, dass ihre migrationspezifischen Besonderheiten ihnen in der Schule nicht zum Nachteil werden.

#### ■ Die Anzahl der Förderschüler ist ein Grund zum Nachdenken

Die Studie weist nach, dass in den Kommunen, in denen der Anteil der Förderschüler hoch ist, auch viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss bleiben. Dieses Ergebnis kann logische Folge der Tatsache sein, dass viele Förderschulen nicht zum Hauptschulabschluss führen. Umso wichtiger ist deshalb, dass die Zuweisung eines Schülers an die Förderschule korrekt erfolgt. Auch Prävention durch frühe Förderung kann ein guter Ansatz sein (siehe Exkurs zu Förderschulen, S. 25). Förderschulen, in denen viele Jugendliche einen Hauptschulabschluss erreichen, können ein Vorbild sein.

#### ■ Zu arm zum Fördern?

Ein Ergebnis der Studie ist auch: Nicht alle lokalen sozioökonomischen Besonderheiten beeinflussen die Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss. Denn die Verschuldung der Städte und Kreise hat keinen Einfluss auf die Abgängerquote. Es ist also unerheblich, ob eine Stadt oder ein Kreis verschuldet ist oder nicht. Auch Kreise und Städte mit hohen Schulden können also zum Gelingen des Hauptschulabschlusses ihrer Jugendlichen beitragen. Der Verweis auf fehlende finanzielle Mittel ist somit keine Entschuldigung für hohe Anteile von Schülern ohne Hauptschulabschluss. Ohne Belang ist auch, ob die

Jugendlichen in städtischem oder ländlichem Raum leben. Schließlich trägt auch nicht der Verweis darauf, dass es in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt viele Hauptschüler gibt und so die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass mehr Jugendliche als anderswo keinen Hauptschulabschluss erlangen. Nach den Ergebnissen dieser Studie ist die Hauptschule ihrer Konstruktion nach kein Risikofaktor dafür, dass Jugendliche ihren Hauptschulabschluss nicht schaffen.

*„Jede Stadt und jeder Kreis kann etwas tun: Ohne klaren politischen Willen geht nichts“*

### Schlussfolgerungen aus der lokalen Befragung

Eine schwierige sozioökonomische Situation vor Ort bedeutet nicht, dass gegen eine hohe Quote von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss nichts getan werden kann. In einigen Städten und Kreisen ist diese Quote deutlich niedriger als sie nach ihren strukturellen Rahmenbedingungen zu erwarten wäre. Vor Ort gibt es daher auch jenseits der Beeinflussung durch sozioökonomische Faktoren einen Gestaltungsspielraum. Die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort sind aufgefordert, diese Möglichkeiten aktiv zu nutzen.

#### ■ Der politische Wille ist das A & O

In der Befragung von Caritas-Praktikern zeigte sich, dass der politische Wille zur Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher und ihrer Familien entscheidend ist. Um einen solchen Konsens zu erreichen, sind auch Verbände und bürgerliche Initiativen gefordert, die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, Gespräche mit Verantwortlichen zu führen

und selbst Maßnahmen vorzuschlagen oder anzubieten.

#### ■ Vielfältige Ansätze und gute

##### Koordination: das Erfolgsrezept

Die Befragung zeigt, dass es ein ganzes Bündel von regionalen Maßnahmen gibt und auch braucht, die Kinder und Jugendliche beim Erreichen eines Hauptschulabschlusses unterstützen können. Dieses Ziel kann daher vor Ort nur gemeinsam angegangen werden. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Kooperation aller Akteure zu. In den Städten und Kreisen, die im Rahmen der Studie befragt wurden, war zumeist auch eine Koordinationsstelle vorhanden. Die Kooperationen fanden häufig nicht nur auf Ebene der Stadt oder des Kreises statt, sondern wurden auf Ebene des Sozialraums fortgesetzt. Kooperationspartner waren häufig Schulen, Schulämter, Jugendamt, freie Wohlfahrtspflege, Jobcenter und Betriebe sowie ihre Vertretungen. Die Einbindung von Unternehmen und Betrieben schien in den befragten Städten und Kreisen auffällig häufig vorzukommen.

#### ■ Verlässliche Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit insbesondere an den Hauptschulen vor Ort wurde in der Befragung ebenfalls von fast allen Teilnehmern als Erfolgsfaktor genannt. Praktisch in jedem befragten Kreis beziehungsweise jeder kreisfreien Stadt ist in allen Hauptschulen zumindest ein Schulsozialarbeiter mit einer halben Stelle verlässlich angestellt. Um Schulsozialarbeit flächendeckend und dauerhaft an diesen Schulen zu installieren, sind Kommunen und Länder gefordert, nachhaltige Finanzierungsstrukturen dafür zu schaffen. Insbesondere die Stellen, die mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets geschaffen wurden, dürfen bei Auslaufen der Bundesmittel nicht wieder wegfallen.

#### ■ Sozialräumlich orientierte Angebote setzen Kräfte frei

In vielen der befragten Städte und Kreise wurde sozialräumlich gearbeitet. Hier

werden Unterstützungsangebote für Kinder und Familien gebündelt und vor Ort angeboten. Maßnahmen sprechen dann den ganzen Lebensraum eines Jugendlichen an, seine Peers und die Familie.

#### ■ Dem Scheitern zuvorkommen – präventiv arbeiten

Die Befragung hat ergeben, dass es in den befragten Städten und Kreisen mannigfaltige Angebote zur frühen Unterstützung der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien gab. Dies begann mit Frühen Hilfen und setzte sich fort durch sprach- und heilpädagogische Förderung in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Beratung bei den Übergängen in die Schule und zwischen den Schularten sowie Beratungsangebote für Eltern oder ihre stärkere Einbeziehung in den Schulbetrieb können dazu beitragen, die Jugendlichen auf ihrem Weg zu einem Hauptschulabschluss zu unterstützen. Im Bereich Lernen und auch bei der persönlichen längerfristigen Begleitung von Kindern und Jugendlichen können ehrenamtliche und/oder freiwillige Arbeit ihren Beitrag leisten. Berufsorientierung schon während der Schulzeit kann, auch zusammen mit einer Kompetenzanalyse, ein sehr wichtiger Baustein sein, um die Jugendlichen auf ihrem Weg zu einem Hauptschulabschluss zu begleiten.

#### ■ Schulumüde Jugendliche begleiten

Schulumüde Jugendliche brauchen oftmals eine spezifische Förderung. Dies wurde ebenfalls als Erfolgsfaktor in der Befragung ermittelt. Besondere Programme können zum Beispiel an einer externen Beschulung ansetzen. In den Programmen setzt man sich auch mit den hinter der Schulumüdigkeit liegenden, individuellen komplexen Problemlagen gezielt auseinander.

# Fördern ja – aber wo, muss geklärt werden

*Die meisten Kinder mit speziellem Förderbedarf besuchen Sonder- und Förderschulen. Unter der Prämisse des inklusiven Lernens wird es Umwälzungen geben.*

Bild: Klaus G. Kohn



Ganz normale Jungs – in einer Förderschule.

Verena Liessem

IN DEUTSCHLAND werden 4,9 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Sonder- und Förderschulen unterrichtet. Bei weiteren 1,1 Prozent aller Schülerinnen und Schüler wird ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, sie werden aber auf sonstigen allgemeinbildenden Schulen (Regelschulen) unterrichtet.<sup>1</sup>

Der Anteil der Förderschüler ist zwischen 1999 und 2008 gestiegen: Er hat sich von 4,5 Prozent auf 4,9 Prozent erhöht. Der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf sonstigen allgemeinbildenden Schulen erhöhte sich von 0,6 Prozent auf 1,1 Prozent.

Dabei schwankt der Anteil der Förderschüler aber regional und lokal sehr stark: Die Differenzen lagen 2009 auf Bundeslandesebene zwischen 2,7 Prozent (Schleswig-Holstein) und 8 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und in den Kreisen zwischen 0,7 Prozent und 11,8 Prozent, jeweils gemessen als Anteil an allen Schülern auf allgemeinbildenden Schulen. Die Differenzen zwischen den Anteilen von Förderschülern in den einzelnen Bundesländern ergeben sich laut Bildungsbericht 2010 aus unterschiedlichen Verfahren und Kriterien für die Bestimmung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs und wei-

teren Faktoren wie rechtlichen Regelungen, präventiven Maßnahmen zur Vermeidung einer sonderpädagogischen Förderdiagnose und dem Interesse am Erhalt institutioneller Differenzierungen im Schulwesen. Daneben ist der flächendeckende Ausbau der Förderschulen nicht in allen Bundesländern gleich. Auch die Einstellung bezüglich der Erwünschtheit von Förderschulen kann eine Rolle spielen. Lokale Schwankungen können ihre Ursache haben in der Schulstruktur vor Ort (Vorhandensein von Förderschulen, Vorhandensein pädagogisch flexibel und hochwertig arbeitender Haupt- und wei-

terführenden Schulen), der Qualität und dem Ruf der vorhandenen Förderschulen sowie der Haltung der Schulleitungen und Kollegien.

Insgesamt betrachtet sind die meisten der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Jungen (63 Prozent). Und: Ausländische Kinder und Jugendliche sind häufiger an Förderschulen als deutsche Kinder. Dabei differiert die Quote aber zwischen den Nationalitäten beträchtlich: Einige Nationalitäten (zum Beispiel Vietnam, Ukraine, Polen und Iran) haben niedrigere Förderquoten als deutsche Kinder, andere (beispielsweise Albanien, Libanon) weit höhere.

### Unterschiedliche Typen und Ausgestaltungen

Das System der Sonder- und Förderschulen ist in Deutschland sehr ausdifferenziert. Die Schulen haben verschiedene För-

derschwerpunkte, die von den Förderschwerpunkten „Sprache“, „Hören“, „Sehen“, „körperliche und motorische Entwicklung“ über „emotionale und soziale Entwicklung“ und „Lernen“ bis zum Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ reichen. Die meisten Schüler werden im Förderschwerpunkt „Lernen“ unterrichtet (fast 50 Prozent). In den Förderschwerpunkten „geistige Entwicklung“, „Sprache“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ haben in den letzten fünfzehn Jahren die Förderquoten zugenommen. Die Erklärungen hierfür reichen von geänderten Kriterien der sonderpädagogischen Begutachtung, medizinischem Fortschritt, besserem sonder- und förderschulischem Angebot bis hin zum Interesse daran, dass die Förderschulen weiter fortbestehen.

Betrachtet man die Frage, welche Schüler welche Schultypen besuchen, sieht

man: Am häufigsten (circa ein Drittel) erhalten Schüler mit dem Förderbedarf „emotionale und soziale Entwicklung“ Unterricht an sonstigen allgemeinbildenden Schulen („Regelschulen“), am wenigsten oft diejenigen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“.

### Feststellen des sonderpädagogischen Förderbedarfs

Die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs findet in der Regel in Verantwortung der Schule und der Schulaufsicht statt. Sie mündet in eine Empfehlung zur Entscheidung über den Lernort und den notwendigen Förderumfang. Die Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs geschieht dabei durch dafür qualifizierte Sonderschullehrer. Je nach sonderpädagogischem Förderschwerpunkt und Notwendigkeit werden medizinische oder psychologische Diagnosen ein-

## statement

### Die Weichen sorgsam stellen

In Deutschlands Kreisen und Städten besuchen zwischen 0,7 und 11,8 Prozent der Schüler eine Sonder- oder Förderschule. Für diese großen örtlichen Unterschiede sind weder eine mögliche zentrale Lage dieser Schulen noch ein etwaiger regional erhöhter Förderbedarf eine ausreichende Erklärung. Vielmehr variieren von Bundesland zu Bundesland die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. Das heißt: Wer in Mecklenburg-Vorpommern förderbedürftig ist, muss das in Rheinland-Pfalz nicht unbedingt sein. Neben diesen Unterschieden in den Schulgesetzen der Bundesländer gibt es noch weitere Ursachen. Dazu scheint auch das Zuweisungsverhalten der Schulämter bezüglich des Lernortes zu zählen: Mancherorts mögen die Weichen in die Förderschule leichter gestellt werden als anderswo. In vielen Fällen ist dies eine gelungene Lösung: Bei schwerer geistiger Behinderung oder starken Verhaltensauffälligkeiten bietet die Förderschule einen geschützten Raum für die weitere Entwicklung und Bildung. Aber fast die Hälfte aller Schüler an Förderschulen wird nicht in diesen Bereichen gefördert, sondern im Förderschwerpunkt „Lernen“. Gerade bei Schülern mit diesem Förderbedarf ist bei der Entscheidung über den Lernort beson-

dere Sorgfalt geboten. Denn die Studie zeigt: In Gemeinden, in denen der Anteil der Schüler an Sonder- und Förderschulen einen Prozentpunkt höher liegt, steigt auch die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss um knapp 0,6 Prozentpunkte. Es braucht daher zweierlei: zum einen Augenmaß bei der Entscheidung, ob die Förderschule oder eine integrative Förderung an der Regelschule für das jeweilige Kind der bessere Weg ist. Und zum anderen eine bessere Durchlässigkeit der Systeme Förderschule einerseits und Hauptschule andererseits. Wenn das gelingt, führt auch die Förderschule nicht aufs Abstellgleis, sondern bietet den jungen Menschen mit dem Hauptschulabschluss ein Ticket in eine selbstbestimmte Zukunft.



**Dr. Clarita Schwengers**

Leiterin des Referats Sozialpolitik beim DCV in Freiburg  
E-Mail: clarita.schwengers@caritas.de

bezogen. Die genauen Vorgehensweisen sind je nach Landesrecht unterschiedlich.<sup>2</sup>

In einigen Bereichen kann die Bestimmung des sonderpädagogischen Förderbedarfs recht subjektiv sein – zum Beispiel bei der Feststellung einer Lernbehinderung. Dort sind die Diagnosekriterien eher unscharf. In diesen Bereichen spielt die

Sichtweise auf die Notwendigkeit einer sonderpädagogischen Förderung eine große Rolle.

### Lernort Förder- und sonstige allgemeinbildende Schulen

Die Schulgesetze der Länder geben dem integrativen Unterricht von Schülern mit

sonderpädagogischem Förderbedarf den Vorrang vor einer sonderschulischen Förderung. Allerdings gilt dies nur, sofern die organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.<sup>3</sup> Daneben postuliert die UN-Behindertenrechtskonvention das Recht der Kinder mit Behinderung auf den diskriminie-

## statement

### Vom sonderpädagogischen Förderbedarf zum Gesamtplanverfahren

Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden aktuell zu circa 80 Prozent in Förderschulen unterrichtet. Nur etwa jeder vierte Schüler verlässt die Förderschule mit einem Hauptschulabschluss.<sup>1</sup> Daraus wird häufig der Schluss gezogen, dass es für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf negativ sei, auf einer Förderschule unterrichtet zu werden. Plakativ wird die Förderschule mit Exklusion gleichgesetzt<sup>2</sup>, suggeriert wird dabei, dass die Förderschule ursächlich für den fehlenden Hauptschulabschluss sei.

Diese zusammengefasste Statistik wird den Förderschulen angesichts des breiten Spektrums an Förderbedarfen nicht gerecht. Schüler beispielsweise mit geistiger Behinderung werden den Hauptschulabschluss in der Regel selten erreichen. Auch weist die Statistik nicht aus, wie viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule den Hauptschulabschluss erreichen. Sie weist auch nicht darauf hin, dass sehr viele Förderschüler den Hauptschulabschluss über ein Berufsvorbereitungsjahr oder über einen erfolgreichen Berufsabschluss erreichen.

Der „sonderpädagogische Förderbedarf“ bezieht sich auf sonderpädagogische Förderung in der Schule. Insbesondere die Zusammenhänge mit sozioökonomischen Merkmalen der Herkunftsfamilien weisen darauf hin, dass in die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs neben den besonderen Lernschwierigkeiten des Schülers sein familiärer Hintergrund mit einfließt. Damit liegt dem „sonderpädagogischen Förderbedarf“ ein modernes Verständnis von Behinderung zugrunde, in dem die Kontextfaktoren, die für die Teilhabe des Schülers förderlich oder hemmend sein können, mit eine Rolle spielen. Als Konsequenz folgt daraus, dass in vielen Fällen eine sonderpädagogische Förderung alleine nicht genügt. Vielmehr müssen die Hilfen umfassend ansetzen. Neben den schulischen Hilfen müssen Hilfen des Jugendamtes und bei Kindern mit Behinderung Hilfen des Eingliederungshilfeträgers kombiniert werden. Leistungen der Agentur für Arbeit müssen frühzeitig mit eingeplant werden, damit die Unterstützung am besonders sensiblen

Übergang von der Schule in das Berufsleben nahtlos erfolgt. Die Förderstrategie der KMK für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler (KMK 2010) benennt wesentliche Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung.<sup>3</sup> Die „Bildungspartnerschaften“, von denen die KMK spricht, sollten als Hilfenetzwerke konzipiert werden, die die Förderung der schulischen Bildung, die Entwicklung eines positiven Selbstkonzepts, eine tragfähige berufliche Orientierung und Ausbildungsmotivation sowie die Verbesserung der familiären Leistungsfähigkeit zum Ziel haben. Gemeinsame Hilfepläne, gemeinsame fallbezogene Teams von Schule und Jugendamt und gegebenenfalls Einrichtung der Eingliederungshilfe, gemeinsame Supervision sind die Antwort auf eine schulische Misere, die eigentlich eine gesellschaftliche ist. In dieser Misere ist die Abschaffung der Förderschulen keine Alternative. Es muss um den individuellen Förderbedarf gehen. Es geht im Interesse der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung (seit 2009 in Deutschland in Kraft) um eine Anerkennung von Vielfalt und das Stärken unterschiedlichster Ressourcen und Kompetenzen.

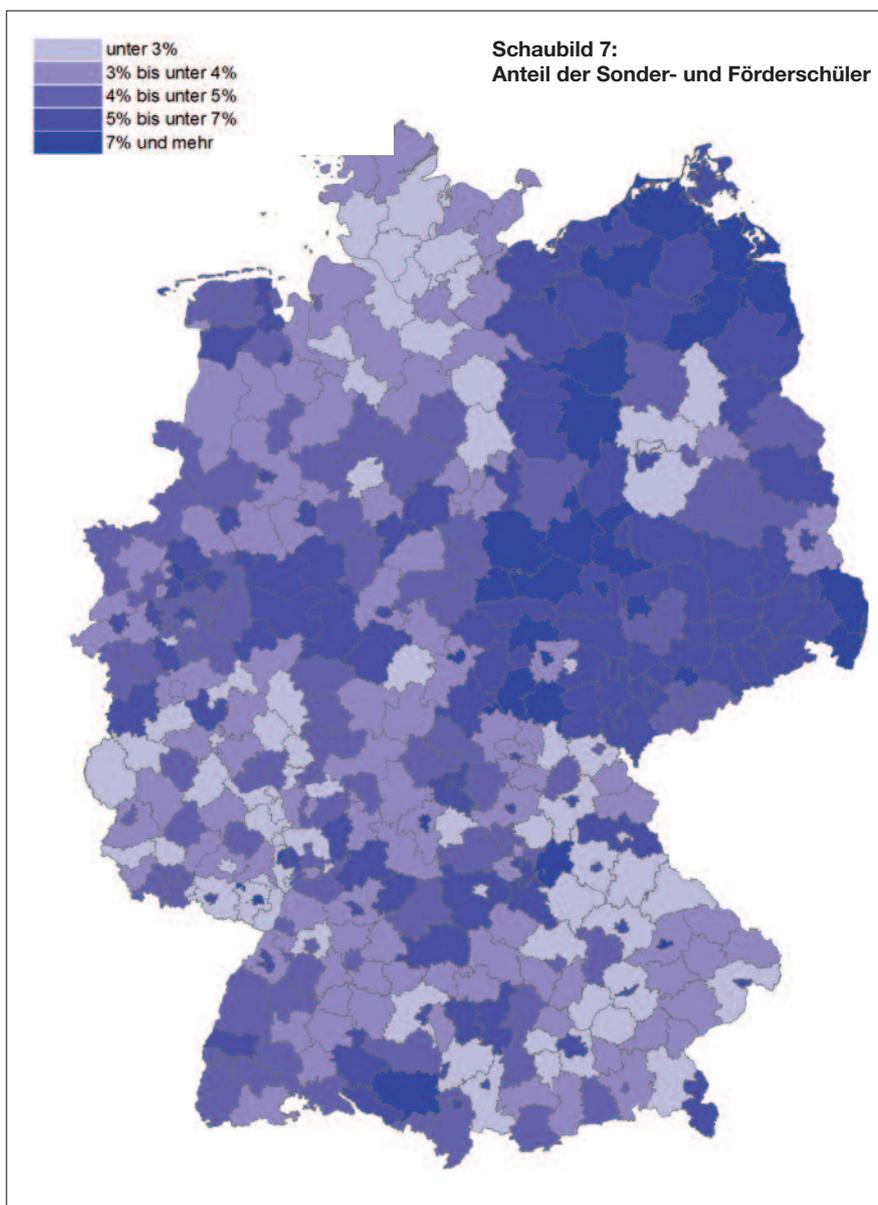
#### Anmerkungen

1. AUTORENGRUPPE *BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland. 2010.*
2. KLEMM, Klaus: *Gemeinsam lernen. Inklusion leben. Bertelsmann, 2011.*
3. KULTUSMINISTERKONFERENZ (KMK): *Förderstrategie für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler. 4.3.2010.*



#### Johannes Magin

Vorsitzender der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie, CBP  
E-Mail: johannes.magin@kjf-regensburg.de



Unterricht möglich würde. Der Diskussionsprozess hierzu ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Der Deutsche Caritasverband, dem auch Träger von Förderschulen angeschlossen sind, hat einen Diskussionsprozess zu diesem Thema angestoßen. Erste Ergebnisse finden sich im Diskussionspapier des Deutschen Caritasverbandes: Selbstbestimmte Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung durch inklusive Bildung – Handlungsbedarf gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention.<sup>5</sup>

**Anmerkungen**

1. Alle in diesem Exkurs verwendeten Daten stammen, falls nicht anders gekennzeichnet, aus: AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel.
2. KULTUSMINISTERKONFERENZ: Beschlüsse zu Empfehlungen zu den einzelnen Förderschwerpunkten. <http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sonderpaedagogische-foerderung.html>, eingesehen am 17.02.2012.
3. AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel.
4. DEUTSCHER CARITASVERBAND: Selbstbestimmte Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung durch inklusive Bildung – Handlungsbedarf gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention. In: neue caritas Heft 20/2010, S. 32 ff.
5. Ebd.

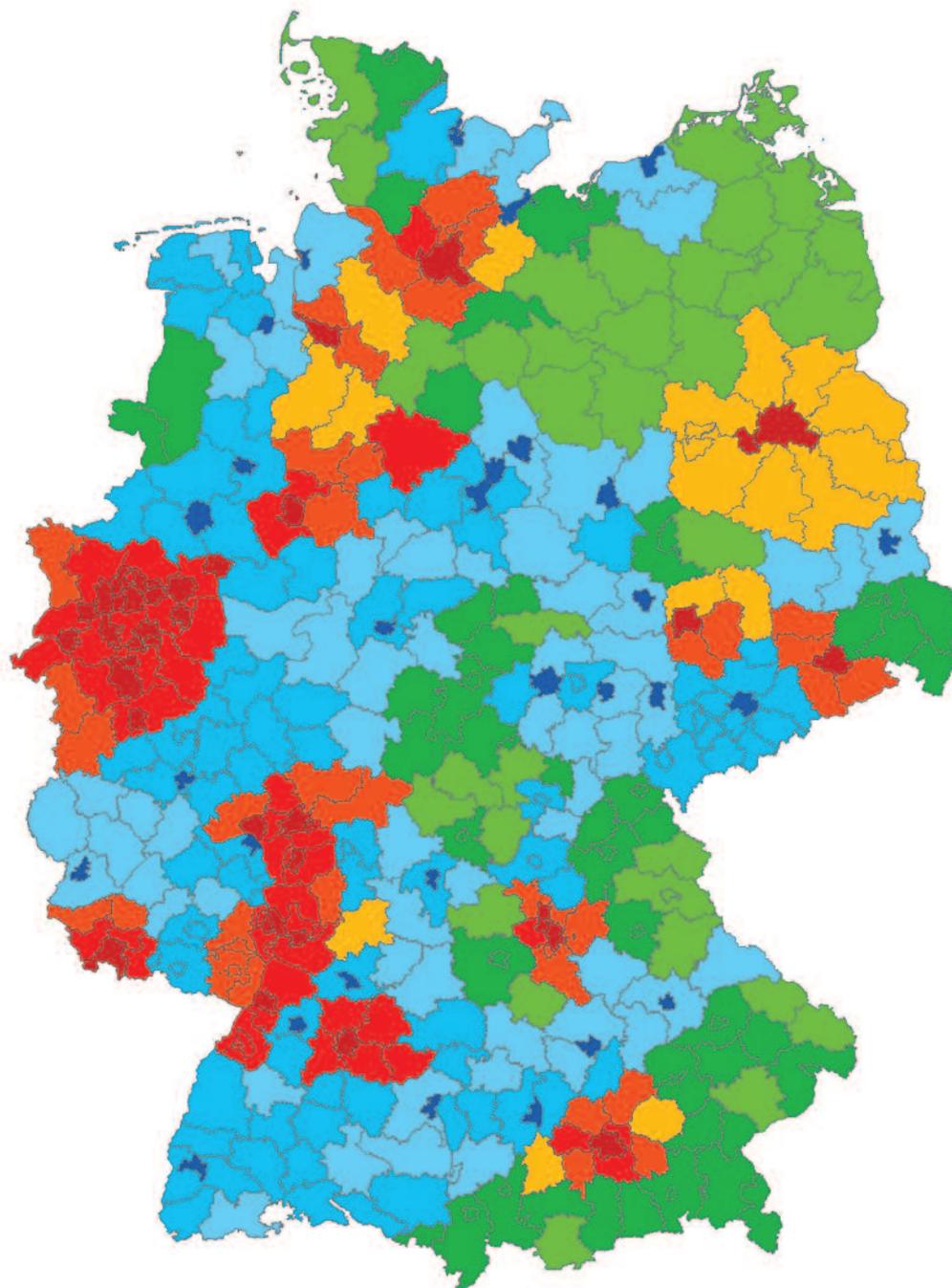
rungsfreien Zugang zu ortsnahen Bildungseinrichtungen. Der Staat wird verpflichtet, das Bildungswesen in Bezug auf Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Angemessenheit entsprechend der Zielvorgabe auszugestalten. Die Konvention verpflichtet die Staaten auf angemessene Vorkehrungen dazu.<sup>4</sup>

Wo Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich am besten gefördert werden, ist eine stark diskutierte Frage. Je nach Art des sonderpädagogi-

schen Förderbedarfs muss auch differenziert argumentiert werden. Vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention wird immer mehr über inklusive Bildung – das heißt über gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf beziehungsweise von Kindern mit und ohne Behinderung – nachgedacht. Jedoch muss das sonstige allgemeinbildende Schulsystem für viele Kinder aber erst die Voraussetzungen schaffen, dass ein gemeinsamer

Schaubild 8:  
Siedlungsstrukturelle Kreistypen

- Agglomerationsraum - Kernstadt
- Agglomerationsraum - Hochverdichtete Kreise
- Agglomerationsraum - Verdichtete Kreise
- Agglomerationsraum - Ländliche Kreise
- Verstädterte Räume - Kernstädte
- Verstädterte Räume - Verdichtete Kreise
- Verstädterte Räume - Ländliche Kreise
- Ländliche Räume - Ländliche Kreise höherer Dichte
- Ländliche Räume - Ländliche Kreise geringerer Dichte



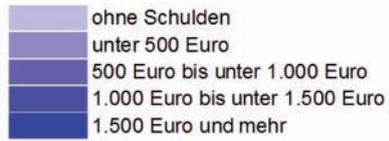
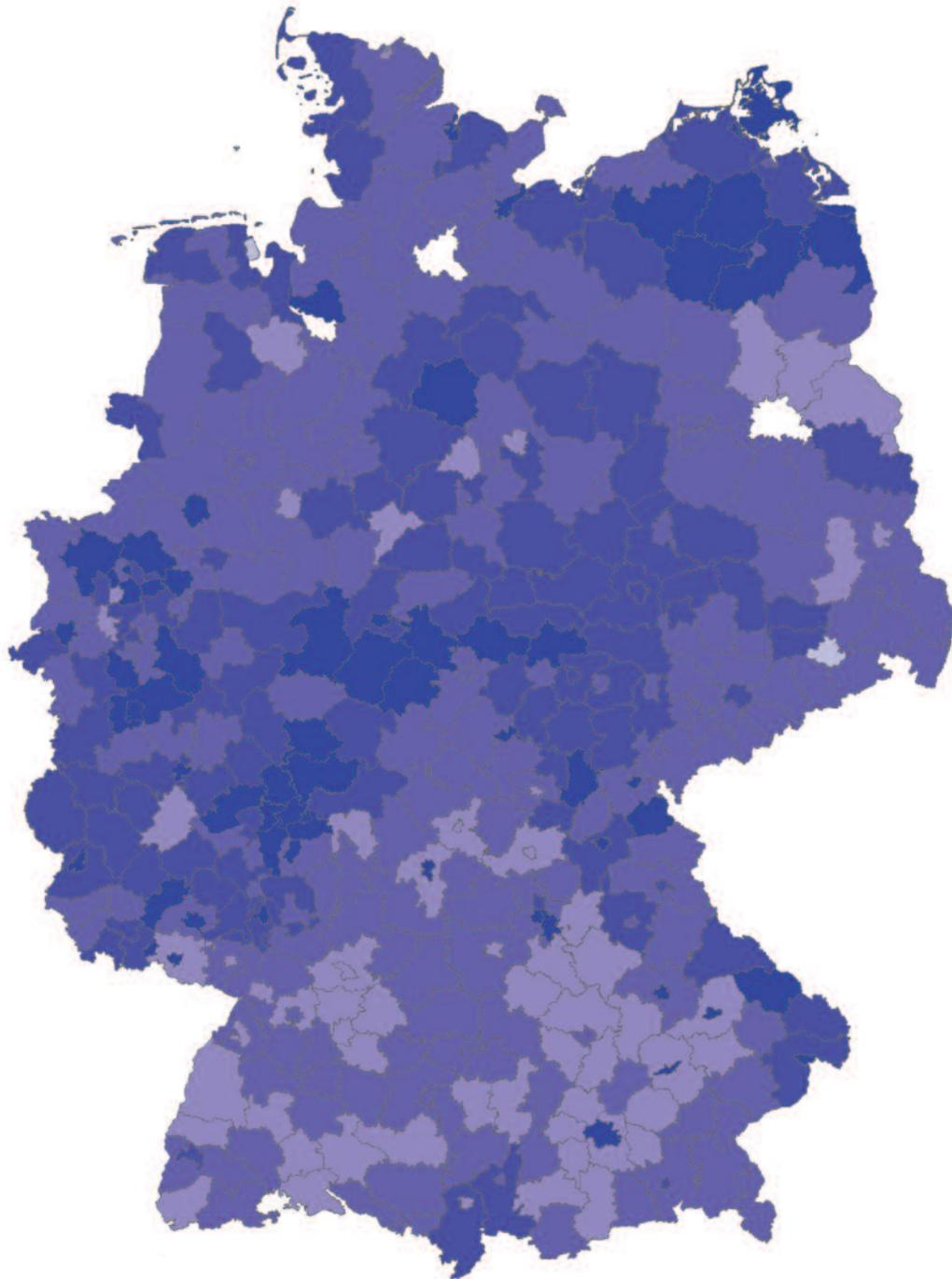


Schaubild 9:  
Schulden der Gemeinden pro Einwohner  
(weiß: ohne Angabe)



# Kennen Sie unsere Produktfamilie?

Alles, was Sie als Sozialprofi interessiert – aktuell, regelmäßig, fundiert.



**1 neue caritas**  
Die Fachzeitschrift für Soziales mit Themen aus Politik, Praxis und Forschung, 14-täglich

**2 neue caritas Infos**  
Regelmäßige Veröffentlichungen aus den Fachverbänden als Beilage in der neuen caritas

**3 neue caritas Newsletter**  
Der Online-Leserservice für Abonnenten zu tagesaktuellen Fragen



**Greifen Sie zu!**

Bleiben Sie mit den Produkten der **neuen caritas** Familie immer auf dem neuesten Stand.



**5 neue caritas Jahrbuch**  
Der Überblick über die bundesweite Verbandsarbeit mit umfangreichem Adressverzeichnis

Weitere Informationen finden Sie unter:

**www.neue-caritas.de**

**4 neue caritas Basics**  
Praxisorientierte Arbeitshilfen im Taschenbuchformat in Kooperation mit dem Lambertus-Verlag

☞ Telefon: 0761/200-420

☞ Fax: 0761/200-509

☞ E-Mail: zeitschriftenvertrieb@caritas.de

☞ www.neue-caritas.de

☞ www.lambertus.de

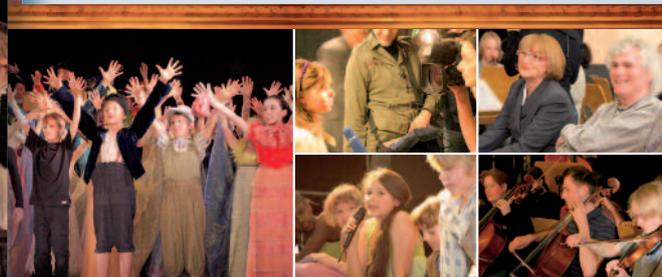
## Caritas goes Staatsoper – Befähigung pur – eine DVD-Dokumentation

Dieser Film dokumentiert in bewegender Weise ein außergewöhnliches kulturpädagogisches Projekt: Die Entstehung der Kinderoper „Sternzeit F:A:S“, einer gemeinsamen Produktion des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. und der Staatsoper Unter den Linden.

120 Kinder zwischen 7 und 13 Jahren, Schulen, Jugendklubs, Kitas, ein Nachbarschaftszentrum und eine katholische Gemeinde aus dem Lichtenberger Kiez „Frankfurter Allee Süd“ (F:A:S) beteiligten sich an diesem Berliner Langzeitprojekt. Viele der Kinder hatten zuvor keinen Kontakt mit klassischer Musik. Für sie öffnete sich eine Tür zu einer neuen Welt. Am Beispiel von vier Akteuren zeigt der Film Höhen und Tiefen während der Projektarbeit.

„Sternzeit hat eine ähnliche pädagogische Wucht wie das Tanzprojekt „Rhythm is it!“ der Berliner Philharmoniker“ Felix Stephan (Berliner Morgenpost, 05/2011)

„Diese Arbeit muss weitergehen.“  
Sir Simon Rattle (Dirigent der Berliner Philharmoniker, 03/2011)



### Du bist ein Stern

Ein Film von Ulrike Dörr über die Entstehung der Kinder-Oper Sternzeit F:A:S  
Dokumentation eines Jugendsozialprojektes des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. und der Staatsoper Unter den Linden

2011, Laufzeit 77:38 Minuten (1 DVD)  
€ 14,90/SFr 21,90  
ISBN 978-3-7841-2038-6

Für die Förderung des Projekts, ohne die eine Realisierung nicht möglich  
Kassel, Berliner Projektfonds kulturelle Bildung, Bonifatiuswerk der Diözesen, DKM Darlehenskassa Münster, Erich-Degen-Stiftung, Frauenverein der Heiligen Hedwig zur Vererbung des katholischen Waisens Berlin, Hamburg-Maschhausen-Stiftung, HOWOGE Jugendcenter Berlin-Lichtenberg, Kakoi Berlin, Kulturstiftung Berlin-Lichtenberg, Lambertus Verlag Freiburg, Lions Club Berlin Alexanderplatz, PwC-Stiftung-Jugend-Bildung-Kultur, U&K Berlin, W&L AG

Für die Unterstützung und wohlwollende Begleitung danken wir:  
Frau-Heinrich-Fischer – Diözesan-Caritasdirektor, Ronald Adler – Operndirektor Staatsoper Unter den Linden, Christina Emmrich – Bezirksbürgermeisterin Berlin-Lichtenberg

Ganz herzlichen Dank an alle mitwirkenden Kinder, Eltern, Lehrer, Tanztheater-, Gesangs- und Sozialpädagogen

Ein besonderer Dank an Darius, Mariel, Milena und Vignite

Foto-Booklet  
Foto-Cover  
Cover-Foto-Konzept  
und Design  
Angela Kröll, Thomas Geißler  
Sebastian Hänel  
kakoi Berlin

© 2011 Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

DW-TV  
DEUTSCHE WELLE

Caritasverband  
für das Erzbistum  
Berlin e.V.

LAMBERTUS

**JETZT BESTELLEN!**

Tel. 0761/36825-0  
Fax 0761/36825-33  
www.lambertus.de

